



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

4. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

4. Wahlperiode

Montag, 25. November 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Einnahmesituation verbessern	
	– Drucksache 4/36 –	30
	Eckhardt Rehberg, CDU	30
	Ministerin Sigrid Keler	35
Feststellung der Tagesordnung	Angelika Gramkow, PDS	40
	Wolfgang Riemann, CDU	45
	Rudolf Borchert, SPD	51
	B e s c h l u s s	55
Situation der öffentlichen Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der aktuellen Steuerschätzung		30
Antrag der Fraktion der CDU: Nachtragshaushalt 2002	Nächste Sitzung	
– Drucksache 4/35 –	Mittwoch, 11. Dezember 2002	56
30		

Beginn: 10.04 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 4. Sitzung des Landtages. Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung beantragt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 4. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 4. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **einzigsten Tagesordnungspunkt:** Aussprache zum Thema „Situation der öffentlichen Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der aktuellen Steuerschätzung“, hierzu Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Nachtragshaushalt 2002, Drucksache 4/35, und Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Einnahmesituation verbessern, Drucksache 4/36.

Situation der öffentlichen Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der aktuellen Steuerschätzung

**Antrag der Fraktion der CDU:
Nachtragshaushalt 2002
– Drucksache 4/35 –**

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Einnahmesituation verbessern
– Drucksache 4/36 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Frau Finanzministerin hat am 30. Mai 2002, vier Monate vor den Wahlen in Bund und Land, zur Steuerschätzung im Mai Folgendes ausgeführt: „Wenn Sie mit den Menschen reden und sie direkt darauf ansprechen, dann werden die Ihnen auch sagen, natürlich haben wir mehr im Portemonnaie.“ Meine Damen und Herren, 82 Prozent der Bürger in Deutschland antworten auf die Frage, ist die Bundesregierung mit ihrer Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich, mit Nein.

Sehr geehrte Frau Keler, stellen Sie diese Frage den Menschen heute noch einmal! Die Staatsfinanzen sind dramatisch eingebrochen, die jetzige und die damalige Finanzministerin war der Meinung, dass die Menschen mehr Geld im Portemonnaie hätten. Und warum, Frau Keler, sind dann die Steuerausfälle im November dreimal so hoch ausgefallen wie die der Steuerschätzung im Mai?

Die Sondersitzung ist dringend geboten, nicht nur weil die Situation außergewöhnlich ist, sondern sie ist auch bezeichnend für die politische, wirtschaftliche und finanzpolitische Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und, meine Damen und Herren, die zweite Sondersitzung ist bezeichnend für den Umgang dieser Landesregierung mit dem Parlament, mit den neu gewählten Abgeordneten des Landtages. Die Sondersitzung ist geboten, da die Finanzministerin erst die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Steuerschätzung informierte, der Landtag aber bisher keine Detailinformationen über die Steuerschätzung und ihre Folgen erhielt, bis heute nicht erhalten hat.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat die Maßstäbe dafür verloren, welche Verpflichtungen sie gegenüber den Abgeordneten des Landtages hat. Ich zitiere, der Paragraph 10 Absatz 2 ist eindeutig: „Die Landesregierung unterrichtet den Landtag durch das Finanzministerium“, wenn „erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung und deren Auswirkungen auf die Finanzplanung“ zu verzeichnen sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, unterrichtet! Nicht kann unterrichten, nicht soll unterrichten, sondern unterrichtet! Und, meine Damen und Herren, sind 746 Millionen Euro Steuerausfälle in zwei Jahren – wer in Euro nicht richtig die Dimensionen begreift, das sind 1.480 Millionen DM – kein Grund, diesen Landtag zu unterrichten, hier eine Erklärung abzugeben, eine Regierungserklärung, wie es der Bundesfinanzminister im Bundestag getan hat und viele andere deutsche Landesregierungen es in diesen Tagen tun oder getan haben?! Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, welche Achtung haben Sie gegenüber diesem Parlament?! Diese Frage muss man stellen. Ich kann nur konstatieren, keine.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, es ist schon eigenartig, dass die Opposition ihr, übrigens, meine Damen und Herren von SPD und PDS, unser eigenes Recht auf Information durch eine Sondersitzung geltend machen muss. Das Kabinett hat auf Vorschlag der Finanzministerin für 2003 die Eckdaten des Nachtragshaushaltes beschlossen und die Auswirkungen für das Jahr 2002 werden einfach mal so am Landtag vorbeigedrückt. So war es einer Pressemitteilung am 19. November zu entnehmen. Meine Damen und Herren, was hat das noch mit Haushaltswahrheit, mit Haushaltsklarheit zu tun? Hat der Landtag, haben wir, wir als Haushaltsgesetzgeber nicht nur aufgrund der Landeshaushaltsordnung ein Recht auf Informationen, sondern ist diese Landesregierung nicht auch verpflichtet, uns, uns, den Landtagsabgeordneten, diese Informationen unverzüglich zu erteilen?! Und, meine Damen und Herren, zweitens haben die Menschen im Land ein Recht zu erfahren, welche Investitionen in diesem Jahr nicht mehr vollzogen werden können, welcher Fördermittelbescheid, die ja zuhauf ein Vierteljahr vor den Wahlen verteilt worden sind, in diesem Jahr nicht mehr ausgezahlt wird und wo gegebene Zusagen nicht eingehalten werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole das noch einmal: 375 Millionen Euro Steuerausfälle in diesem Jahr, 371 Millionen Euro im nächsten Jahr. Die Mittelfristige Finanzplanung, der Doppelhaushalt, auf den Sie ja so stolz waren, meine Damen und Herren, der ist Makulatur. Er ist nicht mehr das Papier wert, auf dem er gedruckt worden ist. Und ich sage Ihnen eins ganz klar und deutlich: Wir werden keine Kosten und keine Mühen scheuen, die Rechte des Parlaments, unsere Rechte als Opposition, aber auch Ihre Rechte insgesamt des Parlaments beim Landesverfassungsgericht in Greifswald einzuklagen. Und ich bin hoch gespannt, wie das Urteil am 19. Dezember aussehen wird bezüglich der Klage des Abgeordneten Dr. Born hinsichtlich der Beantwortung von Kleinen Anfragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so mit einem Parlament wie Sie umgeht, hier ganz speziell was

die Steuerausfälle betrifft, der muss sich dann wirklich fragen, wie ernst meint er es mit Politik in diesem Land. Oder haben sich bei Ihnen die politischen und demokratischen Horizonte völlig verschoben? Und fragen Sie sich das nicht selber, in dem Wissen – und das müssen Sie doch wohl in den Oktobertagen gewusst haben, das ist nur wenige Tage her –, dass Ihr ganzer Koalitionsvertrag Makulatur ist, eh dünn und mager auf 55 Seiten, 14 Artikel, 296 Punkte?! Nur ein Artikel, der Artikel 283, ist noch entscheidend. Darin heißt es: „Die in dieser Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen stehen ebenso wie alle laufenden Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der erforderlichen Haushaltsmittel.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, hier muss man natürlich nicht nur die Frage nach der Schuld stellen, sondern die Frage nach der politischen Verantwortung. Wer hat in den letzten sechs Jahren hier für die Finanzpolitik Verantwortung getragen und wer trägt insgesamt für die Politik in den letzten vier Jahren Verantwortung? Ich kann ganz einfach konstatieren, Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer eigenen Politik, von rot-roter Politik in den letzten vier Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, wir hatten hier im Mai eine interessante Debatte zur Steuerschätzung, zur Mai-steuerschätzung. Und dort, ich zitiere, das ist eine offizielle Drucksache des Landtages, und zwar die vom 30. Mai, die Landtagsdrucksache 3/2948, sagt diese Landesregierung: „Die der Steuerschätzung zugrunde liegenden aktuellen Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommen zum Ergebnis, dass Deutschland am Beginn eines Wirtschaftsaufschwungs steht.“

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Und weiter, meine Damen und Herren: „Das nominale Bruttoinlandsprodukt soll 2002 um 2,4 %, 2003 um 3,9 % und um 4,1 % in den Jahren 2004 bis 2006 steigen.“ Und jetzt hören Sie gut zu, denn im Punkt 3 Ihres Antrages wollen Sie ja für mehr Steuergerechtigkeit bei den Unternehmen sorgen: „Stabilisierend für die Konjunktur hat sich die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung erwiesen,“ – und der Halbsatz heißt – „die von der Landesregierung voll unterstützt wird.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Keler, was ist denn im Juni 2000 bei der Steuerreform abgelaufen, was die Körperschaftssteuer betrifft? Hatte dort der Ministerpräsident ein Blackout, als er Ja gesagt hat? Das wäre schlimm. Hat er gewusst, was er tat?

(Harry Glawe, CDU: Dann hat er es nicht gelesen.)

Das ist genauso schlimm. Und wenn er es nicht gewusst hat – und dieser Eindruck, der muss sich mir nach dem Unternehmertag vor wenigen Tagen in Hasenwinkel stellen –, haben Sie wirklich nicht gewusst, was Sie da getan haben? Und die PDS hat noch Beifall geklatscht.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sie haben es noch begrüßt, dass die Körperschaftssteuer so strukturiert wird, dass die Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen steuerfrei gestellt wird.

Meine Damen und Herren, gehen Sie heute mal in die Hansestadt Rostock! Ich zitiere gleich noch dort den

Finanzdezernenten Herrn Sebastian Schröder. Woran liegt es, dass die Gewerbesteuerereinnahmen massiv eingebrochen sind? Oder haben Sie nicht gewusst, was Sie taten, als Sie die Fristen für Verlustvorträge aufgehoben haben?

Und, meine Damen und Herren, Frau Keler, Sie sagen hier weiter, Zitat Landtagsdebatte am 30. Mai: „Das ändert aber nichts an der Richtigkeit der Reform der Körperschaftssteuer, die unabweisbar war, um ausländische Investoren anzulocken.“

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Keler, wie blauäugig sind Sie eigentlich? Sie haben das mitzuverantworten, weil Ihre Stimmen die entscheidenden waren im Bundesrat. Ihre Stimmen waren die entscheidenden, dass die Körperschaftssteuer in den Jahren 2001 und 2002 um 48 Milliarden Euro – in DM: um 95 Milliarden Deutsche Mark – eingebrochen ist. Und die Auswirkungen, die haben Sie jetzt bei der Novembersteuerschätzung zu spüren bekommen. Sie tragen mit die politische Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie im Mai immer noch davon ausgegangen sind, dass wir dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent haben, dann sind das Mehreinnahmen von 12 Milliarden Euro. 0,1 Prozent Wirtschaftswachstum sind 500 Millionen Euro Einnahmen. Und wenn Sie 2,2 Prozent weniger bekommen, dann sind das minus 11 Milliarden. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier ein Stück Nachhilfe: 100.000 Arbeitslose mehr oder weniger sind 2,3 Milliarden Euro mehr oder weniger Ausgaben beziehungsweise Einnahmen in die Sozialkassen, Einkommenssteuer und so weiter und so fort.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und an diesen bitteren Tatsachen gehen Sie vorbei und sind Sie vorbeigegangen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerin Keler, ich zitiere den Kollegen Riemann. Er sagte in dieser Sitzung: „Wenn die Landesregierung auf die steuerlichen Entlastungen der Bürger und Unternehmer hinweist, so vergisst sie, dass Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger davon gar nichts, aber auch gar nichts haben. Sie vergisst bewusst, dass über steigende Kassenbeiträge, steigende Ökosteuer, steigende Versicherungs- und andere Steuern die Bundesregierung den Bürgern, aber auch den Unternehmen das Geld wieder aus den Taschen zieht und dass der Mittelstand im Gegensatz zu den Großunternehmen nur wenig oder gar nicht entlastet wird, teilweise sogar belastet wird.“ Und wissen Sie, was Sie da gerufen haben von der Regierungsbank? „Das ist gelogen!“

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das machen sie doch immer.)

Und weiter geht es in diesem Kontext, in diesem Stil im Verlauf der Debatte zum Kollegen Riemann: „... Sie sind in diesen Äußerungen regelrecht blöd.“ „... lassen Sie mich zufrieden mit Ihren blöden Äußerungen!“ Zitatende, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Unglaublich!)

So viel, Frau Ministerin Keler, zu der Debatte vom 30. Mai, als wir darauf hingewiesen haben – genauso wie bei der

Verabschiedung des Haushaltes im Dezember 2001 –, dass Ihre Erwartungen vom Wirtschaftswachstum auf der Einnahmeseite der Steuern viel zu hoch angesetzt sind. Wir predigen gebetsmühlenartig seit dem Sommer 2000, dass diese Steuerreform verfehlt ist. Und die Auswirkungen haben Sie heute und jetzt zu tragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und jetzt müssen Sie uns heute schon mal erklären, warum Sie so gehandelt haben. Sie haben vor der Wahl die Menschen über die tatsächliche Situation der öffentlichen Kassen im Unklaren gelassen – ich drücke mich da mehr als vorsichtig aus. Und, Frau Keler, ich sage Ihnen eins auch: Eine gute Buchhaltung ist noch lange keine gute Finanzpolitik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie die Aufstellung eines Nachtragshaushalts für das Jahr 2002 umgehen wollen, dann kann ich Ihnen nur eins sagen: Dass Sie tricksen, dass Sie verschleiern und dass Sie den Menschen im Land nicht die volle Wahrheit über das Ausmaß der Folgen der Steuererschätzung klar machen wollen. Sie mogeln, Sie schieben, dass sich die Balken biegen, bei den Einzelplänen. Und, meine Damen und Herren, mit welchem Trick arbeiten Sie? Sie schieben einfach 250 Millionen Euro – eine halbe Milliarde DM, die Dimension wird einem offenkundig erst klar, wenn ich die Euros in etwa mal zwei nehme – ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ich denke, Sie sind nicht unterrichtet, Herr Rehberg?! – Wolfgang Riemann, CDU: Lesen Sie mal die Pressemitteilungen, Frau Gramkow!)

Frau Gramkow, wissen Sie, ich schätze Ihr persönliches Engagement gerade im Bereich der Finanzpolitik. Ich habe immer Ihr Engagement geschätzt für diesen Landtag. Und wenn Sie mir jetzt mit einem Zwischenruf kommen, obwohl ich vorher Paragraph 10 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung zitiert habe, und Sie sind stellvertretende Ausschussvorsitzende im Finanzausschuss, dann hätte ich erwartet, dass Sie als Fraktionsvorsitzende der PDS in diesem Landtag als eine der Regierungsfractionen dafür sorgen,

(Torsten Koplin, PDS:
Frau Gramkow spricht noch.)

dass die Frau Finanzministerin hier zuerst eine Regierungserklärung zur Situation der öffentlichen Haushalte abgibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ich habe die Unterrichtung im Finanzausschuss letzte Woche beantragt. Die CDU nicht! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg, Sie sollten sich informieren.)

ich hätte erwartet, dass diese Landesregierung – und Sie sitzen mit im Kabinett – mit Bekanntwerden der Steuererschätzung den Finanzausschuss bittet, den Vorsitzenden, er war damals schon gewählt worden, bittet,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist gar nicht wahr! – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

dass der Finanzausschuss bei der ersten Finanzausschusssitzung informiert wird. Und ich hätte weiter erwartet, dass diese Landesregierung den Landtag, die Öffentlichkeit informiert über die Situation der öffentlichen Haushalte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau!)

Wir reden doch nicht über Peanuts! Wir reden über Steuerausfälle von 1,5 Milliarden DM oder 750 Millionen Euro!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das sind die Tatsachen.

Und wissen Sie, was noch mehr als makaber ist? Sie lassen sich drei Monate Zeit, um in einer Regierungserklärung als SPD und PDS die Menschen im Land darüber zu informieren – Sie wollen es ja erst am 11. Dezember tun –, wie Sie sich vorstellen, wie Politik in den nächsten vier Jahren gestaltet werden soll. Übrigens, das ist auch einmalig in der deutschen Parlamentsgeschichte,

(Torsten Koplin, PDS: Das steht im Koalitionsvertrag. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass drei Monate Zeit gebraucht wird, um den Landtag, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie Sie Landespolitik vornehmen wollen und wie Sie weiterregieren wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie mal ins Grundgesetz, Herr Koplin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir das einmal angucke, und der Nachtragshaushalt 2002, der Kollege Riemann wird darauf noch eingehen, soll ja mit Trickereien umgangen werden, dann muss man doch ehrlich zur Kenntnis nehmen, dass wir ohne Bundeszuweisungen, ohne europäische Mittel in Mecklenburg-Vorpommern mehr als eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hätten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und, Frau Keler, Sie haben früher mal so gern mit dem Modellhaushalt operiert. Diesen Begriff habe ich seit Wochen und Monaten, seit Jahren nicht mehr aus Ihrem Mund gehört.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh! Nicht zugehört.)

Das heißt, es ist doch die Frage zu stellen, ob Sie jetzt als Buchhalter so weitermachen wollen, das heißt ein „Weiter so!“, wie Sie das seit 1998 treiben oder bis 2005 eigentlich geplant haben, Streichen von Investitionen in Höhe von 503 Millionen Euro – die Absenkung der Nettoverschuldung von 560, die können Sie ja nun wohl verschieben –, oder ob Sie endlich darangehen wollen, wirklich einmal Vorsorge zu betreiben, strukturierte Politik auch mit Blick auf das Jahr 2006, auslaufende EU-Strukturfonds und ab diesem Zeitpunkt auch eine stark degressive Gestaltung der Zuweisungen an die neuen Bundesländer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir müssen, Sie müssen endlich lernen, die wenigen Mittel, die wir haben, gezielt für die Zukunftsvorsorge einzusetzen. Aber wie sieht im Augenblick verantwortliches politisches Handeln in Berlin und in Schwerin aus?

Meine Damen und Herren, ein derartiges Chaos von Ankündigungen, Widerrufen und unstrukturiertem, willen-

losem Handeln der politisch Verantwortlichen hat es im Nachkriegsdeutschland noch nicht gegeben – einstimmige Kommentarlage bundesweit. Und, meine Damen und Herren, wenn Roman Herzog, unser Altbundespräsident, Folgendes sagt: „Von Politikverdrossenheit kann heute keine Rede mehr sein, wir haben eine handfeste Vertrauenskrise“, dann muss man sich doch wirklich einmal fragen, woher kommt dieses.

Wenn ich die letzten Tage ansehe – ich nehme nur das Thema Ökosteuer und Rentenbeiträge –, ist es denn völlig aus dem Blick geraten, dass Sie zugesagt hatten, die Ökosteuer wird eingeführt, um die Rentenbeiträge stabil zu behalten. Und als Maß- und Messgröße waren für das kommende Jahr 18,7 Prozent angesetzt. Meine Damen und Herren, Frau Ministerin Keler, wo sind die fast 20 Milliarden Euro Einnahmen bei der Ökosteuer geblieben? Sie stehen bei einem Rentenbeitrag von 19,5 Prozent. Ohne den Trick mit der Schwankungsreserve und ohne den Vorgriff auf die Zukunft, Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, würden Sie bei 19,9 Prozent stehen. Meine Damen und Herren, 1,2 Prozent mehr, als Sie versprochen haben!

Und das Deutsche Institut für Wirtschaft hat ausgerechnet, dass im nächsten Jahr aufgrund der Notgesetze, Rente, Gesundheit, aufgrund der Steuererhöhungen – das sind Steuererhöhungen, was Sie hier betreiben, das ist nicht die Wegnahme von Steuervergünstigungen – Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit 9,1 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden. Und, Frau Keler, die Hälfte, in aller Regel, was die Sozialkassen betrifft, tragen die Arbeitnehmer. Und jetzt überlegen Sie sich noch einmal gut Ihren Satz, dass die Menschen wissen, dass sie mehr im Portemonnaie haben!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen haben deutlich weniger im Portemonnaie. Das Problem der Bundesrepublik Deutschland ist nicht die weltwirtschaftliche konjunkturelle Gesamtsituation. Übrigens, die Vereinigten Staaten erwarten dieses Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes real um 2,4 Prozent, Deutschland um 0,2 Prozent, nächstes Jahr Deutschland um 1 Prozent, die USA um 2,6 Prozent. Unser Problem ist doch nicht die Konjunkturlage in den Vereinigten Staaten, unser Problem ist die Binnennachfrage, sind strukturelle Probleme, die Sie in den letzten vier Jahren nicht gelöst haben, oder Probleme, die Sie heraufbeschworen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie Zeugen dafür brauchen, dann zitiere ich Ihnen gerne den Sachverständigenrat.

(Angelika Gramkow, PDS:
Den kann man auch beschimpfen.)

Übrigens, nur mal nebenbei bemerkt, man kann ja noch die Unternehmer beschimpfen. Aber im Sachverständigenrat sitzen fünf, drei von fünf Sachverständigen nicht mit dem Parteibuch der CDU, sondern mit dem Parteibuch der SPD. Und die haben Ihnen ins Stammbuch geschrieben: „Die angespannte Haushaltslage ist nicht nur eine Folge der schlechten Konjunktur, sondern auch unzureichender Konsolidierungsanstrengung der vergangenen Jahre – die Versäumnisse der Vergangenheit und nicht der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sind dafür verantwortlich, dass nun kaum finanzpolitischer Spielraum besteht.“ Und, meine Damen und Herren, sie sagen weiter: „Die konjunkturelle Aufwärtsbewe-

gung steht ... auf tönernen Füßen – solange die Binnennachfrage keine Dynamik entwickelt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, man muss sich die Frage stellen, ist das, was im Augenblick abläuft, ist das dazu angetan, dass die Binnennachfrage die Konjunktur anzieht. Ich habe die dringliche Bitte, ich würde sogar sagen, Forderung an diese Landesregierung: Stellen Sie endlich Landesinteressen über Parteiinteressen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das deswegen, weil wohl weder bei der Steuerreform im Juni 2000 noch als Sie Ja gesagt haben zur so genannten Riester'schen Rentenreform die Landesinteressen im Vordergrund gestanden haben können. Wenn Sie sich einmal das Thema Grundsicherung ansehen, zu dem kann man ja noch inhaltlich Ja sagen, aber wie Sie die Lasten auf die Kommunen verschoben haben, ausgabeseitig, Frau Finanzministerin! Gucken Sie sich die kommunalen Haushalte an! Steigerungen im Sozialhilfebereich zwischen 10 und 20 Prozent werden prognostiziert, ohne dass man bisher genau weiß – man geht eher von höheren Kosten aus im Bereich der Grundsicherung –, ob diese Anstiege in den Planzahlen im Ist auch eingehalten werden können. Und wenn Sie sich dann noch erdreisten, zur Einnahmeseite, ich zitiere zum Thema Kommunalfinanzen, zu sagen: „Die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigen, dass die Kommunen insgesamt 2002 und 2003 nur geringfügig von Steuerausfällen betroffen sind.“!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wo leben Sie eigentlich? Gucken Sie sich das mal an!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Finanzministerin Keler, haben Sie sich wirklich mal die Mühe gemacht, haben Sie sich wirklich einmal die Mühe gemacht, an irgendeiner Stelle sich anzugucken, wie massiv vor Ihrer desolaten Steuerreform im Jahr 2000 – und nicht wegen der geringfügigen Absenkung des Spitzensteuersatzes, der geringfügigen Absenkung des Eingangssteuersatzes – die Gewerbesteuern eingebrochen sind, wie massiv die Einkommenssteuer auch im Land runtergegangen ist?!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich will Ihnen sagen, warum zum Beispiel die Einkommenssteuer massiv heruntergeht. Weil wir seit dem Juni 1999 55.000 Beschäftigte weniger in den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen haben. Dann können Sie mal beugehen, beim Durchschnittseinkommen von 1.500 netto in Mecklenburg-Vorpommern, was das für die Sozialkassen letztendlich bedeutet. Das können Sie doch mal ausrechnen! Sie sind zumindest schon so weit, dass Sie die Abwanderungsquoten mit einrechnen beim Minus im Länderfinanzausgleich.

Ich habe mir einige Haushalte angeguckt, Frau Finanzministerin Keler. Unter 15 Prozent wird das Minus bei den Einkommenssteuern und bei den Gewerbesteuern vom Jahr 2002 mit Blick auf das Jahr 2000 – und das ist das relevante Jahr – nicht abgehen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht das in einzelnen Kommunen aus? Die Stadt Rostock sagt, sie hätte im Jahr 2000 – das gibt sie an – eine Gewerbesteuer von 52 Millionen Euro gehabt, im darauf folgenden Jahr hat es sich halbiert.

(Angelika Gramkow, PDS:
Warum? Sagen Sie das hinzu!)

Das will ich Ihnen sagen. Weil Sie Ja gesagt haben, Frau Gramkow. Sie haben Ja gesagt, Sie als PDS, zu einer Körperschaftssteuerreform, die dazu führt,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

dass Banken, Versicherungen, Energieversorgungsunternehmen und Telekommunikationsunternehmen in Rostock deutlich weniger Gewerbesteuer bezahlen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Sie sind dafür verantwortlich mit Ihrem Ja zur Körperschaftssteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Aber, Frau Gramkow, das hat es in Deutschland noch nicht gegeben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Ich sage noch ein paar Zahlen zu Schwerin, Frau Gramkow. –
Angelika Gramkow, PDS: Die kenne ich sehr gut. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das hat es in Deutschland noch nicht gegeben, dass eine Steuerart mit einem Minus davor stand.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist exakt.)

Und wenn das Minus dann insgesamt noch an die 25 Milliarden Euro im Jahr 2002 geht, dann müssen Sie sich doch mal wirklich fragen, warum haben Sie im Juni 2000 Ja gesagt. Sind die fünf Ortsumgehungen uns da nicht teuer zu stehen gekommen oder der warme Händedruck, den Herr Bundeskanzler Schröder Herrn Minister Holter gewidmet hat? Das ist doch wohl teuer genug für dieses Land geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Siegfried Frieze, SPD: Der Bundesrat hat das so entschieden. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Eine Hängebrücke wollen wir nicht mehr.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind natürlich in hohem Maß abhängig von Brüssel und Berlin. Aber kann eine Politik richtig sein, die geplant hat – vor diesen gravierenden Steuerausfällen –, dass im Jahr 2005 die Personalausgaben des Landes nach der Mittelfristigen Finanzplanung um 50 Prozent über denen der Investitionen liegen? Kann eine Politik richtig sein, wo nach Zeitungsmeldungen – und da steht dann: auf Nachfrage – im Finanzministerium 60 Millionen Euro für den öffentlichen Beschäftigungssektor ausgegeben werden, der nachweislich keine nachhaltigen Effekte auf dem Arbeitsmarkt bringt, der keine Arbeit schafft, sondern lediglich Beschäftigung? Kann eine Politik richtig sein, wo in einer Legislaturperiode 35 Millionen Euro für Beraterverträge ausgegeben werden? Und kann eine Politik richtig sein, wo ein Programm wie „Jugend baut“ 8,5 Millionen Euro kostet und lediglich 27, meine Damen und Herren, 27 eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt auf dem Bau finden?

(Harry Glawe, CDU: Schönes Nischenprogramm.)

Übrigens, bisher hat niemand kontrolliert, ob die 27 auch noch in Arbeit sind.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was heißt es bei Ihnen eigentlich, Personalpolitik zu betreiben? Sie haben ja hier sehr schön aufgelistet, wo Sie besonders Personal eingespart haben, ich will's Ihnen sagen: von 2000 bis 2003 minus 2.800 Stellen im Bereich der Hochschulen und der Lehrer, aber plus 188 Stellen bei Ihnen selber, bei den obersten Landesbehörden, bei den Ministerien und bei der Staatskanzlei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist Ihre Politik, die Sie machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich biete Ihnen unsere Mitarbeit an, wenn Sie im finanzpolitischen Raum folgende Punkte aufgreifen:

1. eine Verkleinerung der Landesregierung und eine konsequente Aufgabenkritik in der Landesverwaltung,
2. eine Entbürokratisierungsoffensive,
3. eine Freisetzung zusätzlicher finanzieller Ressourcen durch die Einstellung des ÖBS und der gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte,

(Beifall Harry Glawe, CDU)

4. konsequente Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-kommission zur Gemeindestrukturreform und
5. Ausbau der Schulen und Hochschulen als Garanten für die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind unsere Angebote.

(Rudolf Borchert, SPD: Oh, oh, oh!)

Und ich sage Ihnen eins: Schieben Sie nicht Entbürokratisierung, Kabinettsreform hinaus aufs Jahr 2006 oder 2010!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sorgen Sie dafür – und hier sind wir bereit mitzuhelfen –, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht zum Sanierungsfall wird. Mecklenburg-Vorpommern wird dann nicht zum Sanierungsfall, wenn Sie endgültig bereit sind, wirklich auch einmal schmerzliche Einschnitte bei sich selber zu beginnen. Man wird nur dann glaubwürdig zum Sparen aufrufen können, wenn man bei sich selber anfängt. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Meine Damen und Herren der PDS- und SPD-Fraktion, wird das Wort zur Einbringung des Antrages auf Drucksache 4/36 gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte schön.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es stimmt, die Finanzlage ist dramatisch. Die Steuern sind weit heftiger eingebrochen, als ich sie Ihnen im März, im Mai und noch Anfang September aufgrund der damaligen Daten darstellen konnte. Ich habe das ganze Jahr mit offenen Karten gespielt, wie in den Vorjahren auch. Seit April bekommt der Finanzausschuss Monat für Monat die aktuellen Ist-Zahlen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Manchmal muss man aber Druck machen. – Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Darin waren auch die sonstigen Veränderungen wie zum Beispiel bei der Zusatzversorgung enthalten. Erläuterungen hierzu habe ich bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegeben. Mein Kenntnisstand war auch der Kenntnisstand des Finanzausschusses und damit des Parlamentes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Zusätzliche Erkenntnisse werden sich erst im Zusammenhang mit dem Haushaltsabschluss 2002 ergeben. Auf dieser Basis wird das Kabinett noch im Januar 2003 den Entwurf eines Nachtrages für 2003 beschließen und dem Landtag vorlegen. Dabei wird sich die Landesregierung auch zu den Auswirkungen auf die mittelfristige Perspektive äußern. Auf diese Weise werden wir dem in Paragraph 10 Absatz 2 LHO verankerten Informationsrecht des Landtages Rechnung tragen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich rechne in diesem Jahr gegenüber unserer Veranschlagung mit Steuerausfällen in Höhe von 375 Millionen Euro und in 2003 von 371 Millionen Euro. Diese Beträge waren bis Ende September nicht erkennbar. Die Ausfälle in ihrem ganzen Umfang waren auch nicht für Hessen, für Sachsen, für Baden-Württemberg, für Bayern, für Sachsen-Anhalt und auch nicht für Thüringen erkennbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das mögen Sie unter anderem daran ablesen, dass Sachsen-Anhalt noch in der vorletzten Woche seinen Haushalt für 2003 mit Zahlen auf Basis der überholten Maisteuerschätzung eingebracht hat.

Meine Damen und Herren, es hat den Bund und alle Länder heftig getroffen, die Kommunen in abgeschwächter Form. Die Ursachen für den abnormen Rückgang der Steuereinnahmen will die CDU – wir haben es auch heute wieder gehört – in einer angeblich verfehlten Steuerpolitik der Bundesregierung entdeckt haben. Leider bleibt sie die Begründung dafür schuldig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Lesen Sie mal das Sachverständigengutachten!)

Diese Pauschalkritik verwundert, denn die Steuerreformschritte der Bundesregierung ähneln denen der Petersberger Steuerbeschlüsse der Vorgängerregierung aus dem Jahre 1997.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das ist genau das Schlimme.)

Wer sich mit der Steuerpolitik kritisch auseinander setzen will, muss die Fakten und die Zahlen zur Kenntnis nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Eingebrochen sind die Einnahmen aus der Umsatzsteuer und der Körperschaftssteuer. Auf die Umsatzsteuer wirken sich vor allem konjunkturelle Einflüsse aus. Der Euro hat zu einer gewissen Kaufzurückhaltung geführt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jetzt ist der Euro schuld. – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ja, jetzt ist der Euro schuld.)

die sich in einer leicht steigenden Sparquote widerspiegelt.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Steuerreform ist aber ganz sicher keine Ursache für den Rückgang der Umsatzsteuer. Es hat nämlich im Umsatzsteuergesetz keine Rechtsänderung gegeben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, weil die Leute weniger Geld im Portemonnaie haben. So sieht das aus.)

Diffiziler verhält es sich bei der Körperschaftssteuer. Konnten im Jahr 2000 noch 23,6 Milliarden Euro eingenommen werden, so lag das Ist in 2001 bei minus 0,5 Milliarden Euro. Die Steuerschätzung geht übrigens für 2002 von einem Plus von knapp 1 Milliarde Euro aus. Viele sind der Meinung, das sei hauptsächlich der Unternehmenssteuerreform geschuldet. Ich habe da eine etwas andere Sichtweise.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das merken wir ja.)

Zum einen war der Rückgang der Körperschaftssteuer aufgrund der Steuersatzsenkung auf 25 Prozent zuzüglich circa 13 Prozent Gewerbesteuer gewollt und notwendig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Manchen ging das damals ja noch nicht weit genug.

(Torsten Koplín, PDS: Ja.)

Die Mindereinnahmen aus der Steuersatzsenkung sind natürlich bei den Steuerschätzungen jeweils immer mit berücksichtigt worden. Mit der Unternehmenssteuerreform einhergehend hat sich das Ausschüttungsverhalten der Unternehmen geändert. Und höhere Ausschüttungen bewirken automatisch die Auflösung alter Steuerguthaben, die in den Unternehmen seit 1977 schlummerten. Die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer gingen dadurch zurück. Das war in diesem Umfang nicht vorhergesehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das kann ja wohl nicht wahr sein! Das kann doch nicht wahr sein!)

Der Anteilseigner, der die Ausschüttung erhält, muss diese aber versteuern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn ich das möglich mache! Also, das ist!)

Herr Rehberg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, Frau Keler.)

Herr Rehberg, das war schon immer möglich.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, das war nicht schon immer möglich.)

Ach, erzählen Sie doch keinen Unfug! Sie wissen es nicht besser.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber nicht in diesem Zeitraum. – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben's doch selber gesagt. Wir glauben Ihnen nicht mehr.)

Deshalb ist die Kapitalertragssteuer deutlich gestiegen. Das müssen Sie nämlich auch berücksichtigen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Staat war bei der Körperschaftssteuer seit einer Reform im Jahre 1977 durch steigende Steuerguthaben immer latent belastet. Die Unternehmen konnten sich zu jeder Zeit durch eine Erhöhung der Ausschüttung zu viel gezahlte Steuern vom Staat wiederholen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum haben sie es vorher nicht getan?)

Das haben sie nun getan.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, warum denn vorher nicht?!)

Ja. Warum machen sie es jetzt?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Warum haben sie es denn vorher nicht gemacht?)

Shareholder-Value, kann man sagen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, weil es vorher nicht ging. Das ist der Punkt. Weil die Spekulationsfristen ausgeweitet worden sind.)

Es handelt sich dabei also um ein temporäres Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen mal zu Ende denken.)

Einem weit schlimmeren und vor allem nachhaltigeren Problem wird dagegen meiner Meinung nach bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt. Um den Hintergrund dieses Problems zu erläutern, muss ich ein wenig ausholen.

Bis Anfang 2000 herrschte an den Börsen weltweit und auch in Deutschland eine Goldgräberstimmung, wie sie zu Beginn von Gründerphasen immer zu beobachten waren. Die Chancen schienen grenzenlos,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die Risiken dagegen geringfügig zu sein. Es gab ausreichend Indizien, dass die Börsenentwicklung die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen bei weitem überflügelte. Aber Fundamentaldaten wie etwa das Kurs-Gewinn-Verhältnis wurden leichtfertig beiseite geschoben. Die Kursphantasien schlugen Purzelbäume. Häufig reichte eine gute Idee, um tausendprozentige Kurssteigerungen zu generieren. Von diesem Kuchen wollten alle ein dickes Stück abhaben, private Sparer und große Unternehmen. Hoch bezahlte Manager gingen in dieser Scheinwelt auf Einkaufstour. Es wurden Unternehmen zu völlig überhöhten Preisen gekauft. Nicht eine qualitativ verbesserte Ausrichtung, sondern vor allem schnelles Größenwachstum wurde von der Börse bejubelt. Konservative Anlageformen wurden von den Unternehmen verschmäht, da der Aktienmarkt leichte Gewinne im zweistelligen Prozentbereich erwarten ließ.

Diese Blase ist geplatzt. Der DAX bewegt sich nun bei 3.000 Punkten und damit wieder auf dem Stand von Anfang 1997. Im neuen Markt setzte eine Pleitewelle ein. Die so produzierten Verluste sind enorm, zu teuer eingekaufte Unternehmen werden jetzt steuerwirksam auf ihren wirklichen Wert abgeschrieben. Banken und Versicherungen schreiben ihre eigenen Aktiendepots ab. Betroffen sind nahezu alle Unternehmen, die wie in einer Spielbank auf schnelle, fast grenzenlose Aktiengewinne gesetzt und verloren haben. Denken Sie nur an die gerade verkündeten Rekordverluste der Deutschen Telekom oder der Allianz!

Der Staat hat das nicht verschuldet, er bekommt das aber über seine Steuereinnahmen zeitversetzt und heftig zu spüren. Bis diese Verluste überwunden sind, wird sich das Körperschaftssteueraufkommen noch eine ganze Zeit auf sehr niedrigem Niveau bewegen. Auch werden von diesen Unternehmen kaum Wachstumsimpulse ausgehen können, weil vor neuer Investitionstätigkeit die Bedienung der Schulden steht. Mitarbeiter fürchten um ihren sicher geglaubten Arbeitsplatz und schränken ihren Konsum ein. Diese Fehlentwicklungen sind eigener Art. Dafür ist die Steuerreform nicht verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Und trotzdem sind Korrekturen erforderlich. Der Steuerreformprozess muss weitergehen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Also, das ist ja wohl ein Witz!)

Auf dem weiteren Weg der notwendigen Steuerreform bin ich auf der Seite derjenigen, die fordern,

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU)

dass die Steuerlast gerechter verteilt werden muss,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist die ruhige Hand.)

dass Steuerschlupflöcher geschlossen werden, dass jede Subventionsnorm auf den Prüfstand gehört

(Wolfgang Riemann, CDU: Dass das Steuerrecht immer komplizierter wird.)

und alle Einnahmequellen annähernd gleich zu besteuern sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Diese Forderungen unterstütze ich. Auch sollte die Vermögensteuer, die durch die Vorgängerregierung faktisch abgeschafft wurde, wieder eingeführt werden,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja. – Wolfgang Riemann, CDU: Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil.)

allerdings nicht für den kleinen Eigenheimer, sondern für große Vermögen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Erbschaftsteuer droht ebenfalls das Aus, wenn die CDU-regierten Länder sich im Bundesrat verweigern. Das sollten wir gemeinsam verhindern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja.)

Um dem Ideal einer gerechten Besteuerung näher zu kommen, ist ein steiniger, aber möglichst gerader Weg zu gehen. Lieb gewonnene Subventionen zu beseitigen ist keine leichte Aufgabe. Den Lobbyisten, die immer mehr Einfluss gewinnen und unser Gemeinwesen zu einem Staat der Besitzstandswahrer erstarren lassen, sollten wir widerstehen.

Meine Damen und Herren, die Lage ist zweifellos ernst. Die alles entscheidende Frage wird sein, ob Deutschland reformfähig und reformwillig ist. Einige EU-Nachbarländer haben es uns bereits vorgemacht und einige machen sich bereits über uns lustig. Es gibt nichts zu beschönigen. Wir haben ein konjunkturelles Problem in Deutschland. Die noch im Sommer von allen maßgeblichen Konjunkturforschern für das zweite Halbjahr angekündigte Konjunkturbelebung hat sich nicht eingestellt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das war alles Wahlkampf.)

Neuerdings sprechen Wirtschaftsinstitute sogar von der Gefahr einer Rezession in diesem Winter und von einer weiter verlangsamten Entwicklung. Cassandra hat zurzeit Hochkonjunktur. Dennoch muss man vorsichtig sein und auch diese Möglichkeiten berücksichtigen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach ja?!)

Deutschland hat ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Im Mai
haben Sie das ganze Gegenteil erzählt.)

Nein.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, natürlich! –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Ach, Herr Rehberg, kommen Sie!

Deutschland hat eine offenere ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deutschland hat eine offenere Volkswirtschaft als die meisten anderen Länder.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch
ein Glück! – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist doch ein Weihnachtsmärchen. –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Deswegen ist Deutschland weit anfälliger für weltwirtschaftliche Schwankungen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und solche Schwankungen gibt es im Ausland wahrhaftig genug.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die USA erwarten ein
Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent, Frau
Keler. – Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

In den USA, Herr Rehberg, hat die Konjunktur nach der kräftigen Erholung in 2001 und 2002 inzwischen wieder an Schwung verloren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den
Schwung hätte ich aber gerne.)

In Japan wurde die konjunkturelle Talsohle im ersten Halbjahr 2002 durchschritten.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
Dr. Armin Jäger, CDU, und
Eckhardt Rehberg, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Dort beginnt die Wirtschaft sich trotz weiterhin bestehender Deflation zu stabilisieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, sicher.)

In den Veröffentlichungen wird oft von einer angeblich guten ökonomischen Entwicklung in den USA gesprochen. Deshalb will ich Ihnen eine Nachricht nicht vorenthalten, die ich am 2. August 2002 im „Handelsblatt“ gefunden habe: Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in den USA für das Jahr 2001 war bis zum Sommer immer mit plus 1,2 Prozent angegeben worden. Das US-Handelsministerium musste diese Zahlen dann korrigieren. Statt mit 1,2 Prozent wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den USA nur um 0,3 Prozent.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist
doch falsch, was Sie da erzählen.)

Das war schon eine komplette Verschiebung des konjunkturellen Weltbildes.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Eine solche Korrektur ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Karin Strenz, CDU: Die Gebrüder Grimm
würden sich im Grabe umdrehen. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, das sind die offiziellen Daten der USA.

Eine solche Korrektur hat es in den letzten 30 Jahren dort nicht gegeben

(Dr. Ulrich Born, CDU: Lesen Sie doch
mal das Sachverständigen Gutachten!
Hausgemachte Probleme, steht da drin.)

und es relativiert unsere Wachstumszahlen in Deutschland.

Die aktuellen Steuereinbrüche haben hier bei uns zu einer volkswirtschaftlichen Steuerquote von 20,8 Prozent geführt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist
also unsere große Finanzexpertin.)

und das trotz Ökosteuer.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Diese Steuerquote ist die Summe aller eingenommenen Steuern bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. 1998 hatten wir noch eine Quote von über 24 Prozent. Eine derart niedrige Steuerquote hat es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Nicht nur im historischen Vergleich befindet sich die derzeitige Quote auf einem absoluten Tief. Auch im Vergleich zu allen anderen Staaten der EU und zu den USA gibt es in Deutschland die niedrigste Steuerbelastung. Die Abgabenquote wird 2002 etwa gleich groß sein wie 1998.

Die öffentlichen Haushalte sind infolge der extremen Steuerausfälle mit den daraus resultierenden Steuerzufällen in massive Schwierigkeiten geraten. Das wird niemand bestreiten. Niedrige Steuern waren von allen gewollt, insbesondere von der Wirtschaft und von der CDU, der die Entlastung – ich sagte es schon mal – gar nicht weit genug gehen konnte.

(Angelika Gramkow, PDS:
Und was hat es gebracht?)

Wenn Steuersenkungen nicht gleichzeitig zu einer Erhöhung der Haushaltsdefizite führen sollen, ist Haushaltskonsolidierung zwangsläufig die zweite Seite der Medaille.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist völlig falsch.)

Das ist eigentlich eine Binsenweisheit.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt
es nicht, was Sie da erzählen.)

Durch den Stabilitätspakt von Maastricht ist die Einhaltung der 3-Prozent-Defizitgrenze für alle obligatorisch geworden. Auch diese Regel war ebenso wie die Einführung des Euros von allen gewollt und geht auf die Forderungen der CDU,

(Torsten Koplin, PDS: Theo Waigel.)

vor allem von Theo Waigel zurück.

(Torsten Koplin, PDS: Richtig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die 3-Prozent-Regel setzt uns erheblich unter Druck.

(Harry Glawe, CDU: Hören Sie doch auf!)

Die ökonomische Sinnhaftigkeit mag man anzweifeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –
Eckhardt Rehberg, CDU:
Jetzt klatscht gerade die, die ...)

Warum sind es drei Prozent und nicht zweieinhalb oder vier Prozent?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
CDU und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Nur, meine Damen und Herren, solche Fragen helfen nicht weiter. Wir haben dieses Regelwerk

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gott sei Dank!)

und daran müssen wir uns halten. Sonst könnte es für uns sehr teuer werden.

(Harry Glawe, CDU: Die machen, was sie
wollen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wenn wir also die Defizite nicht weiter anwachsen lassen oder sie sogar reduzieren wollen, bleiben nur zwei Möglichkeiten: Reduzierung der Ausgaben oder Verbesserung der Einnahmen.

Die Opposition im Deutschen Bundestag hat sich bisher allen Vorschlägen zur Reduzierung der Ausgaben verweigert und aus wahltaktischen Gründen sogar zusätzliche Ausgaben gefordert.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Ach, die SPD
nicht?! – Torsten Koplin, PDS: So sind sie.)

Auch bei den notwendigen Einnahmeverbesserungen verharret die Opposition in einer Blockadehaltung.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben
die Leute belogen und betrogen.)

Sie beteiligt sich bisher auf der Bundesebene nicht an dem dringend notwendigen Wettstreit um die bessere Lösung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, statt in Berlin das gute Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu entwerfen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und für Ihre Zwecke zu missbrauchen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

sollten Sie lieber mit konkreten Vorschlägen aufwarten, wie wir gemeinsam die Lage verbessern können!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Der Mangel an Vorschlägen zeigt, dass Sie offenbar über keine verfügen.

(Harry Glawe, CDU: Sie können ja mal
nachsehen, wie viel Vorschläge wir ge-
macht haben in den letzten vier Jahren. –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Zur konkreten Situation in Mecklenburg-Vorpommern:

Trotz steigendem Steueraufkommen im eigenen Land können wir uns nicht von der Gesamtentwicklung abkoppeln. Neben den Steuerausfällen von 375 Millionen Euro und 371 Millionen im nächsten Jahr sind wir mit zwangsläufigen Mehrausgaben von 118 Millionen Euro in diesem Jahr und 107 Millionen Euro im nächsten Jahr belastet. Für die Bewältigung dieser Probleme haben wir folgenden Grundsatz aufgestellt: Steuermindereinnahmen werden temporär durch die Anhebung der Nettokreditaufnahme finanziert.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Steuermehreinnahmen infolge von Steuerrechtsänderungen reduzieren in vollem Umfang die Nettokreditaufnahme. Weitere Verschlechterungen des Landeshaushaltes müssen durch Sparmaßnahmen im Zeitraum bis 2006 ausgeglichen werden. Auf dieser Grundlage werden wir Ihnen voraussichtlich am 19. Februar ohne jede hektische Notmaßnahme einen Nachtragshaushalt für 2003 vorlegen. Dass dieser Nachtrag kommen muss, habe ich immer gesagt. Damit sollte immer schon auf die Veränderungen ab Dezember 2001 reagiert werden. Wir werden aber für 2002 keinen Nachtrag mehr fahren. Ein Nachtrag für 2002 könnte lediglich die Aufgabe haben, die Kreditmächtigung zu erhöhen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Denselben Effekt bewirken wir durch die Ausweisung eines Haushaltsfehlbetrages in 2002.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

In der Privatwirtschaft würde man von einem Verlustvortrag sprechen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wie mit einem Fehlbetrag umzugehen ist, regelt Paragraph 25 Landeshaushaltsordnung. Wir werden ihn in den Jahren 2003 und 2004 ausgleichen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Bereits für 2002 werden wir die Nettokreditaufnahme um mindestens 100 Millionen Euro und in 2003 um rund 490 Millionen Euro anheben.

(Harry Glawe, CDU: Ja, toll.)

Darin ist dann aber schon ein Teil des Fehlbetrages in Höhe von 90 Millionen enthalten. Wir werden auch 2004 und noch danach unsere bisherige Kreditlinie deutlich anheben müssen.

Wir werden Sie selbstverständlich weiterhin laufend über den Haushaltsvollzug 2002 unterrichten, das nächste Mal Anfang Dezember im Finanzausschuss. Das Nächste, was für uns alle von Interesse ist, wird das Gesamtergebnis des Haushalts 2002 sein. Ich hoffe, der Haushaltsabschluss bringt keine zusätzlichen bösen Überraschungen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Beim Nachtrag 2003 geht es dann nicht nur um die Auswirkungen der Steuerausfälle. Der Haushalt muss auch in anderen wesentlichen Punkten überarbeitet werden. So müssen die Mehrbedarfe für Zahlungen aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR, die Werfthilfe, Wohngeld und eine ganze Reihe von sonstigen Positionen im Umfang von insgesamt 107 Millionen Euro berücksichtigt werden.

(Harry Glawe, CDU: Tja!)

Ab 2003 werden die ohnehin schon eingeleiteten Sparmaßnahmen verschärft.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Einzelnen: Der Anstieg der Personalausgaben muss weiter reduziert werden. Zu diesem Zweck müssen wir zusätzliche Stellen streichen und außerdem die Personalausgaben budgetieren. Das Ziel: 38.500 Stellen im Jahr 2006. Dieses Ziel erreichen wir noch vor der großen Funktional- und Verwaltungsreform. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls vermindert werden. 2003 werden darum in einem ersten Schritt 15 Millionen Euro gestrichen, Fortsetzung folgt in Schritten von 17,25 Millionen Euro pro Jahr. Auch die Landesprogramme können von Kürzungen nicht ausgenommen bleiben. In diesem Bereich sollen 12 Millionen Euro eingespart werden. Von den Ressorts müssen die einzelnen Positionen mit der Aufstellung des Nachtragshaushaltes festgelegt werden. Weitere 12 Millionen werden bei den Arbeitsmarktmitteln durch Anpassung an die rückläufigen Kofinanzierungsbedarfe nicht benötigt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die Investitionen für die Wohnungsbauförderung werden angesichts der Bedarfslage wie auch in anderen Bundesländern, zum Beispiel Sachsen und Sachsen-Anhalt, nahezu auf die Kofinanzierungsbedarfe reduziert. Das entlastet den Haushalt 2003 um knapp 10 Millionen Euro. Es bleiben jedoch zusätzliche Landesmittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro für die Förderung von altengerechtem Wohnen. Weiterhin reduzieren wir den Landeshochbau um 10 Millionen in 2003.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigen, dass die Kommunen 2002 und 2003 vergleichsweise nur geringfügig von den Steuerausfällen betroffen sind. Infolge der Mindestgarantie für den kommunalen Finanzausgleich erhalten die Kommunen in den Jahren 2002 und 2003 zusammen 234 Millionen Euro mehr, als bei konsequenter Anwendung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes zu zahlen wären.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das wollten wir ja auch nicht.)

2003 werden die Kommunen nur mit 6,9 Millionen Euro an der Konsolidierung beteiligt. Mit der Novellierung des FAG in 2003 werden weitere Maßnahmen für 2004 vorgeschlagen.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Schöne Mogelpackung! – Dr. Ulrich Born, CDU:
Weiß der Innenminister das schon?)

Übrigens, dass die Lohn- und Einkommenssteuer in Mecklenburg-Vorpommern zurückgeht, hat auch einen wesentlichen Grund,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Er hat es wieder nicht kapiert.)

dass nämlich die Deutsche Bahn AG und die Telekom AG ihre Lohnrechnungen aus dem Bundesland verlagert haben in andere Bundesländer.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Und das haben Sie zugelassen? – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Rehberg! Herr Rehberg!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und noch eins, Herr Rehberg, auch die kommunalen Spitzenverbände wollten die Steuerreform. Vergleiche mit dem Jahre 2000 verbieten sich aber noch aus einem anderen Grunde, weil im Jahre 2000 Einmaleffekte abgerechnet worden waren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann schau'n wir mal.)

Also ich würde doch sagen, wir sollen aufsetzen auf die Steuerschätzung des Jahres 2001,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ein ganz
fauler Trick, den Sie da machen. Das ist super.)

und dann haben die Kommunen tatsächlich einen Rückgang nach den jetzigen Zahlen von etwa 6 Millionen Euro.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze halten wir ein.

(Harry Glawe, CDU: Da werden wir mal
schauen, was am Jahresende kommt.)

Das Maastricht-Defizit wird uns aber zu schaffen machen. Deshalb ist vorgesehen, alle zusätzlichen Einnahmen infolge von Steuerrechtsänderungen zur Absenkung des Kreditbedarfes einzusetzen. Noch in diesem Jahrzehnt müssen wir die Kreditlinie auf null zurückführen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Dies ist eine Zwangsläufigkeit. Hinzu kommt, dass uns auch der Solidarpakt II verpflichtet, die laufenden Ausga-

ben zu begrenzen und so Mittel für den weiteren Aufbau der Infrastruktur freizubekommen. Der Modellhaushalt spielt dabei nach wie vor eine wichtige Rolle. Ich habe den Eindruck, Sie hören uns manchmal nicht richtig zu, denn der Modellhaushalt spielt nach wie vor auch in der Mittelfristigen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auch für die Landesregierung? – Dr. Ulrich Born, CDU: Wir wissen doch genau, was Sie ...)

auch in der Mittelfristigen Finanzplanung eine wichtige Rolle.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Gilt das auch für die Landesregierung? – Dr. Ulrich Born, CDU: Wir haben genau gehört, was Sie im Mai zum Kollegen Riemann gesagt haben. – Glocke der Vizepräsidentin)

Bis 2020 müssen wir die Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern an die der westdeutschen Flächenländer angepasst haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also, das ist Märchenstunde.)

Gelingt uns das nicht, werden unsere Nachfolger mit drohenden Standortnachteilen zu kämpfen haben. Für die Verhinderung solcher Zukunftshypothesen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

müssen wir schon heute die Weichen richtig stellen. Es gibt die Erkenntnis, wenn wir unsere Probleme heute nicht lösen, werden sie uns morgen umso stärker belasten. Das ist eine Aufgabe für alle in diesem Land. Dafür und nicht für kleinkarierte Streitereien lohnt sich der politische Wettbewerb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind bereit, uns der Mühe einer großen Funktional- und Verwaltungsreform zu stellen.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Damit packen wir eine Strukturreform an, die Mecklenburg-Vorpommern für einen durchgreifenden Modernisierungsschub dringend benötigt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Ja genau.)

Ich freue mich, dass die CDU bei diesem Thema nicht von vornherein Ablehnung signalisiert hat. Und wenn die Bürgerinnen und Bürger erleben, dass wir uns alle um die besten Lösungen für unser Land bemühen, werden auch Akzeptanz und Stimmung wieder besser werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Ja.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Den Antrag hatte die Frau Finanzministerin schon eingebracht.)

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die finanzielle Situation unseres Lan-

des und – sicherlich differenziert zu betrachten – die der Kommunen ist katastrophal. Und das ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern so.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Insofern, Herr Rehberg, steht die Politik insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland vor einem Scherbenhaufen. Acht Länder – von Schleswig-Holstein über Hessen nach Niedersachsen, Brandenburg und Berlin, Bremen und Saarland sowieso – können voraussichtlich keinen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bangen noch. Und es ist egal, meine Damen und Herren, wer regiert. Ob SPD- oder CDU-geführt –

(Wolfgang Riemann, CDU: Bayern und Baden-Württemberg?)

es hat uns alle erwischt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Guckt euch das mal an!)

Ein Segen, wenn man wie in Bayern die wegbrechenden Einnahmen –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

in Baden-Württemberg, insbesondere, 1 Milliarde Euro, Baden-Württemberg redet von 1 Milliarde Euro –,

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

deshalb ist es ein Segen, wenn man wie in Bayern die wegbrechenden Einnahmen durch Einsparungen und Auflösungen von Rückstellungen ersetzen kann.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Die haben vorgebaut für schlechte Zeiten. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wie lange dieses hält, meine Damen und Herren, das werden wir ja sehen.

Fakt ist, die Steuereinnahmen brechen dramatisch weg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist hervorragend!)

Bei uns schlägt dies insbesondere durch den Länderfinanzausgleich zu Buche. Insgesamt werden wir voraussichtlich von 2002 bis 2006 1,862 Milliarden Euro an eigenen Einnahmen verlieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

1,862 Milliarden Euro!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Für 2002 und 2003 fehlen uns damit mehr als die notwendigen Ausgaben, die wir für beide Jahre für den Sozialhaushalt dieses Landes brauchen würden.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Und dafür haben Sie die Hand gehoben. – Wolfgang Riemann, CDU: Für fünf Umgehungsstraßen.)

Und allerorts ist zu hören,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

dass die wirtschaftliche ...

(Glocke des Vizepräsidenten –
Wolfgang Riemann, CDU: Fragen Sie
mal Herrn Holter! Einen warmen
Händedruck hat er gekriegt.)

Allerorts ist zu hören, dass die wirtschaftliche Situation
dafür verantwortlich ist.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Verkauft ist sie worden.)

Ja, die Wachstumsraten befinden sich augenscheinlich
im freien Fall. Alle warten auf den Aufschwung, der eben
nicht kommt. Und Deutschland ist das Schlusslicht in der
Europäischen Union.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Stimmt nicht.
Sie reden das Land schlecht, Frau Gramkow.)

Das Bruttoinlandsprodukt sank von 9,6 Prozent in 2001
auf 0,2 Prozent in 2002. Nach dem letzten Gutachten der
Fünf Weisen, was nachweislich nicht die PDS geschrie-
ben hat, ist auch klar, wer eigentlich die Wachstums-
bremse sein soll: Ostdeutschland, meine Damen und Her-
ren, und insbesondere unsere Bauwirtschaft sollen es
sein. Und schuld ist sowieso der Vereinigungsprozess.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Immer die andern!)

Keiner und auch Sie sprechen nicht davon, dass der
Bauboom honoriert wurde durch Sonderabschreibungen,
die massenhaft zu Leerständen auch in Mecklenburg-Vor-
pommern geführt haben,

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

dass Dienstleistung und verarbeitendes Gewerbe nur
langsam Wachstumsimpulse entwickeln konnten und
dass im Einigungsprozess westdeutsche Unternehmen
Marktanteile und horrenden Gewinne eingefahren ha-
ben. 1988 betrugen die Gewinne der Unternehmen West
145 Milliarden Euro. Im Jahr 2001 waren es bereits
295 Milliarden Euro. Aber das alleine ist noch nicht genug.

(Torsten Koplin, PDS: Mehr als das Doppelte.)

Im gleichen Zeitraum stieg, meine Damen und Herren,
die Körperschaftsteuer, 1988, da waren es 15,3 Milliar-
den, auf ganze 23,5 Milliarden Euro im Jahre 2000.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und danach ging es bergab.)

Im Jahre 2001 – sehr richtig, Herr Jäger –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dank Ihrer Steuerreform.)

wurden dann 426 Millionen Euro an Unternehmen aus-
und zurückgezahlt für die, die niemals eingezahlt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig,
da hat Herr Ringstorff zugestimmt.)

Die Lasten in diesem Prozess trugen die Beschäftigten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

durch höhere Abgaben und durch Lohnzurückhaltung.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Die Lasten trugen die öffentlichen Haushalte

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auch richtig.)

durch zunehmende Verschuldung und Zinsexplo-
sionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dem haben Sie
zugestimmt. Einstimmig im Bundesrat dafür.)

Drastische Konsolidierungen gingen zu Lasten des
Sozialstaates, zu Lasten von Bildung und Kultur, zu
Lasten von aktiver Arbeitsmarktpolitik – und das bis heute
und das auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

Hinzu kam, Herr Rehberg hat darauf verwiesen, eine
einseitige Exportorientierung in der Wirtschaftspolitik und
eine Vernachlässigung der Binnenkonjunktur. Das haben
auch die Fünf Weisen festgestellt. Und nicht umsonst
haben wir doch zu konstatieren, dass Nordrhein-Westfa-
len mit minus 1 Prozent und Baden-Württemberg, die
Exportprofis in der Wirtschaft, mit minus 0,9 Prozent BIP-
Wachstum am Ende der Wirtschaftsskala stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber auf
einem sehr hohen Niveau, junge Frau.)

Und am Anfang steht Mecklenburg-Vorpommern

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

mit 0,9 Prozent Wirtschaftswachstum, gefolgt von
Sachsen-Anhalt mit 0,6 Prozent Wachstum.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Können Sie das
mal in absoluten Zahlen ausdrücken? –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –
Glocke des Vizepräsidenten –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Einen Grund, darauf stolz zu sein, sehe ich allerdings
nicht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die Zahlen-
trickserei führt uns auch nicht weiter.)

Und das hat nichts mit Schlechtreden zu tun, sondern
mit der Einschätzung, einseitige Exportorientierung zu
Lasten der Binnennachfrage ist falsch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Fakt ist, dass der Einbruch im Wirtschaftswachstum,
insbesondere der Rückgang des Konsums und die hohe
Arbeitslosigkeit zu Ausfällen der Umsatz- und Lohnsteuer
führen. Das ist auch nicht zu bestreiten. Fakt ist aber
auch, es ist nicht die wirtschaftliche Situation allein, die
verantwortlich ist, es ist auch die Steuerpolitik der Regie-
rungen, auch der von Mecklenburg-Vorpommern.

Unter Kohl wurden die Vermögenssteuer ausgesetzt,
die Erbschaftsteuer reduziert, riesige Sonderausschrei-
bungen gefahren und die Umverteilung von unten nach
oben beschleunigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ist das nicht schon
ein paar Jahre her? – Harry Glawe, CDU:
Sie wollten doch alles besser machen. –
Zuruf von Dr. Henning von Storch, CDU)

Unter Schröder wurden zwar einerseits die privaten
Haushalte entlastet, was allerdings durch enorme Kürzun-
gen der öffentlichen Ausgaben, die Ökosteuer, steigende
Sozialbeiträge,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Anhebung der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer wieder aufgefressen wurde.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ist die
Ökosteuer nicht auch eine Steuer?)

Andererseits sind insbesondere die großen Konzerne

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber
dazu haben Sie doch Ja gesagt!)

reich mit Steuergeschenken bedacht worden.

(Peter Ritter, PDS: Zur Öko-
steuer haben wir nie Ja gesagt.)

Gewinne sind gestiegen, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Gramkow, lassen Sie sich einmal kurz unterbrechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte doch die Würde des Hauses zu beachten und zumindest eine solche Art und Weise der Debatte hier zu ermöglichen, die es dem Redner ermöglicht, seine Rede hier auch darzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Angelika Gramkow, PDS: Ich weiß, es ist nicht einfach, es zu ertragen. Und es ist auch nicht einfach, es hier so auszusprechen.

(Karin Strenz, CDU: Verpassen wir Kassandra doch auch gleich einen Maulkorb!)

Andererseits sind insbesondere die großen Konzerne reich mit Steuergeschenken bedacht worden. Gewinne sind gestiegen,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

die Steuern auf Gewinnbasis dramatisch gesunken und, Frau Finanzministerin, leider sind die Auslandsinvestitionen in Deutschland nicht nachhaltig gestiegen. So sind nicht nur die Steuern auf Gewinnbasis dramatisch gesunken, sondern auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und so auch die dramatischen Einnahmeausfälle in Mecklenburg-Vorpommern.

Es ist offensichtlich und endlich an der Zeit, dass Politik es sich eingesteht: Die neoliberale Formel „Steuersenkungen schaffen Wachstum und Arbeitsplätze“, sie ist gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die neoliberale Formel „Sozialstaat abbauen, Druck auf Arbeitslose erhöhen, Nullrunden fahren, dies alles schafft Arbeitsplätze“ wird weiter scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und die Finanzministerin hat doch Recht: Wir haben die niedrigste Steuerquote. Wir haben eine unsagbar hohe Arbeitslosigkeit und eine schwierige Wirtschaftssituation im gesamten Land.

(Harry Glawe, CDU: Jaja. Sie wollten schon vor vier Jahren die Arbeitslosigkeit senken.)

Wer allen Ernstes glaubt, dass diese alten Marotten dazu führen, dass es sich wirklich ändern wird in der Bun-

desrepublik Deutschland! Wenn sich hier die Bundespolitik nicht dreht, werden wir es auch in Mecklenburg-Vorpommern mit keiner Maßnahme letztendlich regeln können. Wir werden es mit ausbaden müssen!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Und es stimmt, meine Damen und Herren von der CDU, wir haben mitgestimmt. Und ich sage Ihnen heute: Es war falsch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bravo!
Aber eine späte Erkenntnis.)

Meine Damen und Herren, die Finanzministerin ...

Aber eben noch eine Erkenntnis,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber viel
zu spät. Das schadet unserem Land.)

die vermisste ich allerdings bei Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Finanzministerin hat die Fakten benannt und den Landtag unterrichtet. Sie wird es sicherlich noch ausführlicher im Finanzausschuss tun, denn die Fraktionen von PDS und SPD haben in der letzten Woche diese Unterrichtung beantragt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nachdem
wir die Sondersitzung beantragt hatten.)

Wir brauchen doch nicht darauf zu warten, dass die Opposition ihr Recht wahrnimmt. Allerdings heißt das auch die Pflicht, sich zu fragen, was man mit dieser Sondersitzung bewirkt. Lösungsansätze unterbreiten oder nur Gewäsch betreiben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Richtig. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Heute ist jedenfalls schon eins klar: Der Konsolidierungskurs in Mecklenburg-Vorpommern ist gestoppt, die schmerzhaften Kürzungen der letzten Jahre, wovon die Investitionen leider nicht ausgenommen werden konnten, scheinen sinnlos. Nein, sie waren eigentlich nicht sinnlos, denn sie führen dazu, dass es Mecklenburg-Vorpommern nicht ganz so hart trifft wie manch andere Länder. Wirklich geholfen hat uns dieser Kurs allerdings nicht.

(Harry Glawe, CDU: Sehen Sie! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Da bin
ich auf den neuen Kurs gespannt.)

Wir müssen in der Finanzplanperiode voraussichtlich 1,8 Milliarden zusätzliche Kredite aufnehmen. Sie werden uns insgesamt 146,7 Millionen Euro Zinsen zusätzlich kosten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sehen Sie mal! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Haben Sie sich mal gefragt, was wir mit 167 Millionen Euro an Politik in Mecklenburg-Vorpommern gestalten könnten?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Harry Glawe, CDU:
Das haben Sie richtig zu verantworten
und das wird Ihnen auch keiner abnehmen.)

Denn damit leisten wir uns keine neuen Politikansätze, sondern wir gleichen nur Mindereinnahmen aus.

(Harry Glawe, CDU: Ja, von wegen!)

Die notwendigen Mehrausgaben, ob bei den Zusatzversorgungssystemen – Frau Ministerin hat darauf verwiesen –, bei der von uns gewollten Tarifangleichung, bei den steigenden Sozialausgaben, werden dann durch Kürzungen und drastische Sparmaßnahmen auszugleichen sein.

(Harry Glawe, CDU: Na toll! Schöne Botschaft an die Werktätigen.)

Und dies gilt auch für die kommunale Ebene. Es nützt überhaupt nichts, Herr Glawe, davor die Augen zu verschließen

(Harry Glawe, CDU: Sie umschmücken doch alles und umschreiben alles.)

und den Leuten letztendlich nicht die Wahrheit zu sagen.

Lassen Sie mich ein Wort zu den Kommunen sagen. Die finanzielle Situation der Kommunen ist differenziert zu betrachten, aber das Niveau ihrer Einnahmesituation ist gleich schlecht.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU – Harry Glawe, CDU: Gucken Sie sich doch Schwerin an!)

Sie verlieren zwar nicht in dem Maße wie das Land, aber sie verlieren auch.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Der von uns gewollte Gleichmäßigkeitsgrundsatz würde sie zusätzlich an den Mindereinnahmen des Landes beteiligen. Frau Finanzministerin hat die Summe genannt. Die Mindestgarantie verhindert dies und sie ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Und das wird auch so bleiben.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ein Angebot der Landesregierung, im Jahre 2003 auch von einer Kürzung der Infrastrukturpauschale abzusehen, ist sehr fair angesichts dieser Situation.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir wissen, dass dieses die komplizierte, schwierige Situation und die Entscheidungen in den Kreisen und insbesondere in den kreisfreien Städten nicht löst. Und berücksichtigen wir, dass die hohen Einnahmeausfälle, Herr Rehberg, durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen und die Steuerfreistellung der Unternehmen letztendlich in der Gewerbesteuer zu Buche geschlagen haben,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da haben Sie doch Ja gesagt. Warum beklagen Sie denn das jetzt, Frau Gramkow?!)

in Rostock genau wie in Stralsund und wie in Schwerin.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie wollten das doch.)

Ich kann mich nicht erinnern, dass wir dem Verkauf der UMTS-Lizenzen, der einseitigen Vereinnahmung im Bundeshaushalt jemals zugestimmt hätten!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben einen Antrag der CDU abgelehnt, die Sie dazu aufgefordert hat, die Länder zu beteiligen. Das haben Sie abgelehnt, Frau Gramkow, hier im Parlament.)

Meine Damen und Herren, glauben Sie wirklich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihr Gedächtnis ist aber ein bisschen kurz.)

dass wir das noch lange durchhalten?

(Harry Glawe, CDU: Glauben nicht.)

Glauben Sie wirklich, dass die gegenwärtigen Antworten

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich frage mich, wer hier regiert in diesem Land.)

der Bundes-, der Länder- und Kommunalpolitik insbesondere für Ostdeutschland auch nur annähernd hilfreich sind?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber das kommt davon, wenn der Ministerpräsident nicht da ist.)

Glauben Sie das? Glauben Sie es wirklich, dass die rationellere Verwaltung und der Druck auf Arbeitslose auch nur einen neuen Arbeitsplatz in Mecklenburg-Vorpommern schaffen?

(Harry Glawe, CDU: Da machen Sie doch mit. Sie machen doch kräftig mit.)

Glauben Sie wirklich, dass für Langzeitarbeitslose über 50 Jahre hier in unserem Land ein so genanntes Brückengeld in Höhe von 50 Prozent der jetzigen Leistung eine Alternative ist?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Tja!)

Noch dazu, wo angemahnt wird, dass wir alle so lange wie möglich arbeiten sollen und der, der das nicht tut, mit weiteren Rentenpunktenverlusten „belohnt“ wird.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das nächste Mal verzichte ich auf meine Rede.)

Glauben Sie wirklich, dass Nullrunden im Gesundheitswesen im Osten hilfreich sind? Und glauben Sie, dass die nächste Stufe der Steuerreform mit der Senkung des Spitzensteuersatzes

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

auch nur annähernd unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern hilft?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Glocke des Vizepräsidenten)

Leider ist das auch SPD-Politik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das kann doch gar nicht sein! Soziale Gerechtigkeit?!)

Allerdings würde die CDU-Politik noch viel schlimmer ins Kontor schlagen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Und das beweisen Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, mit der heutigen Debatte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wo sind Ihre Alternativen?!

(Harry Glawe, CDU: Wer regiert denn in diesem Land? Der hat Verantwortung zu tragen. Das sind Sie doch, Frau Gramkow! – Torsten Koplin, PDS: Er möchte doch nur gern selber regieren. Das ist es doch.)

Nichts als Geschrei und hohle Worte sind von Ihnen zu hören. Fünf Punkte, nicht mehr als Losungen! Aber Sie suggerieren, wir könnten es aus eigener Kraft schaffen. Aus eigener Kraft werden wir es alleine nicht schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist ja eine Bankrotterklärung.)

Und deshalb,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist eine
Bankrotterklärung dieser Landesregierung. –
Harry Glawe, CDU: Sollen Sie abtreten.)

Herr Rehberg, werden wir dazu nicht schweigen, auch wenn wir mitregieren und in dieser Verantwortung ja auch mitgestalten und mit ansehen müssen, dass machbare Alternativen nicht wirklich angepackt werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe schon
wieder den Eindruck, Sie sind als Tiger ge-
startet und als Bettvorleger angekommen.)

Wo bleibt ein Infrastrukturprogramm für die Kommunen, wie bei Hartz versprochen? Warum ringen wir uns nicht endlich durch,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu installieren? Warum, Herr Rehberg, sind Jugend- und Schulsozialarbeiter Leute, die nicht arbeiten, wie Sie es eben genannt haben?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind doch
keinen richtigen Arbeitsverhältnisse.)

Warum sind es keine Leute, die Steuern zahlen,

(Torsten Koplin, PDS: Was ist denn das
für eine Achtung vor den Menschen?! –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

und damit berechtigterweise eine wichtige, gesellschaftlich notwendige Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern leisten?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Sie wollten doch den
ÖBS im Bereich Rostock abschaffen ...
Das wäre sehr viel günstiger.)

Warum prüft man denn nicht die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, anstatt an dem bisherigen System der Lohnnebenkosten weiter herumzudoktern?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein paar neue
Steuern fallen uns noch ein, Frau Gramkow.)

Warum führt man die Riester-Rente ein und diskutiert erst jetzt, ob es nicht besser wäre,

(Harry Glawe, CDU: Da fragen Sie doch die
SPD! Fragen Sie die Genossen! Die wissen das.)

wenn auch wir als Abgeordnete nicht auch in das Rentensystem einzahlen sollten?

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das Land hat
doch zugestimmt bei der Rentenreform. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das Schweizer Modell scheint ja jetzt gerade so mal eben auf die Tagesordnung gekommen zu sein.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Ja, natürlich. – Harry Glawe, CDU:
Wer war denn vier Jahre mit dabei?!)

Meine Damen und Herren, der Protest, und wir sehen es hier auch, er wächst. Und wir fordern in einem ersten Schritt veränderte finanzpolitische Rahmenbedingungen, um die Einnahmesituation des Landes und der Kommunen zu verbessern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Kreisumlage nicht mal
5 Millionen Euro in Mecklenburg-Vorpommern.)

Und das ist für uns eine Überlebensfrage:

1. eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer mit der individuellen Veranlagung eines jeden Steuerpflichtigen mit seinem Vermögen und die Festsetzung angemessener Freibeträge insbesondere für selbstgenutztes Wohneigentum
2. eine Reform der Erbschaftsbesteuerung
3. eine effektivere Unternehmensbesteuerung, die für mehr Steuergerechtigkeit sorgt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

zum Beispiel progressive Körperschaftssteuersätze, die Senkung der Mehrwertsteuer auf produktive Dienstleistungen oder auch die Besteuerung von Unternehmensveräußerungen

(Harry Glawe, CDU: Und das
Gegenteil wird passieren.)

4. eine grundlegende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene, die den Kommunen stabile Einnahmen auf Dauer sichert

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ein Stichwort ist Konnexität.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Ein erster Schritt allerdings könnte hier die sofortige Korrektur der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage durch den Bund sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na kuck an! –
Dr. Ulrich Born, CDU: Einverstanden. –
Wolfgang Riemann, CDU: Sofort. Sofort.)

Diese Maßnahmen brauchen wir. Einen Nachtragshaushalt für 2002, meine Damen und Herren, den brauchen wir nicht.

(Zurufe von einzelnen
Abgeordneten der CDU: Aha!)

Wir werden zum ersten Mal – zum ersten Mal! – in Mecklenburg-Vorpommern einen Haushaltsfehlbetrag haben: 249 Millionen Euro. Und ich halte diese Einschätzung für sehr ehrlich.

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

Wo wollen Sie denn am 25. November

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben keine
Vorsorge getroffen, das sieht man doch
deutlich. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

mit Kassenschluss am 15. Dezember tatsächlich noch kürzen?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es wird einen Nachtragshaushalt 2003 geben. Und der Fehlbetrag wird zwischen 2003 und 2004 eingestellt werden müssen. Paragraph 25 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung zwingt uns dazu.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jetzt ist die auf einmal so wichtig?!)

Diese Aufgabe wird vor uns stehen, auch vor dem Parlament. Und die PDS-Fraktion wird sich dieser Verantwortung stellen. Es geht dabei nicht allein um finanzpolitische Daten und ihre Einhaltung. Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb werden wir auch weiterhin nicht umhinkommen, angesichts der komplizierten Situation Schwerpunkte setzen zu müssen. Und diese bleiben für uns der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen

(Harry Glawe, CDU: Das glaubt Ihnen doch keiner mehr.)

durch verbesserte wirtschaftliche Förderung und aktive Arbeitsmarktpolitik,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

zu der auch öffentlich geförderte Beschäftigung gehört, und der Ausbau einer dem Land entsprechenden Infrastruktur.

(Harry Glawe, CDU: Das heißt, weiter so!)

Dazu gehört, Bildungschancen zu erhalten und sie zu erweitern. Deshalb wird es die konzentrierte Vorschulbildung in den Kindertagesstätten des Landes geben, wird die Qualität in Schule verbessert und die Hochschulbildung weiter ausgebaut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Studenten aber anders.)

Und wir bleiben dabei, dass wir soziale Standards sichern wollen und die nachhaltige Entwicklung unseres Landes vorantreiben.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Dazu gehört eine Verwaltungsreform mit einer konsequenten Funktionalreform, die mit den Menschen und mit den Strukturen zu gestalten ist. Das Ziel ist Bürgernähe und Entbürokratisierung.

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie doch nicht.)

Und dazu gehört auch eine Kabinettsreform und die entsprechenden Schlussfolgerungen in der Landesverwaltung. Und, Herr Jäger, das alles können Sie im Koalitionsvertrag lesen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei meiner Bemerkung zur Einhaltung der Geschäftsordnung gab es eine Beifallsbekundung. Dies ist ebenso nicht zulässig wie Kritiken an der Amtsführung des Präsidenten. Ich bitte das künftig zu beachten.

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD: Das war gut, was Sie gesagt haben.)

Ich rufe jetzt als Nächstes auf den Abgeordneten Riemann für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem uns die Weltökonomin Frau Keler die weltwirtschaftliche Lage erklärt hat,

(Heike Polzin, SPD: Kommt der Finanzexperte Riemann in die Bütt.)

bleibt festzustellen: Eigentlich geht es den Menschen in diesem Land gut und schuld an der Misere sind immer die anderen.

Und, Frau Gramkow, Ihre Rede war Fundamentalopposition in der Regierung. Diesen Spagat, und das prophezeie ich Ihnen, werden Sie nicht lange durchhalten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

weil die Menschen immer fragen werden, wer ist verantwortlich, wer trägt was in Schwerin mit und wer trägt was in Berlin mit!

(Angelika Gramkow, PDS: Wir sind verantwortlich. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Das werden wir diesen Menschen in diesem Land auch sagen, wer wofür verantwortlich ist.

(Torsten Koplin, PDS: Alternativen sollen Sie aufzeigen!)

Und, Frau Keler, ich frage mich nur, wo haben Sie die Zahlen her. Anfang November hat das Sachverständigengutachten eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes in den USA von 2,4 Prozent und nicht von 0,3 Prozent festgestellt und für 2003 von 2,6. Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie die Tagesform einmal genommen bei Ihren Zahlen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Oder wo haben Sie die Zahlen her? Können Sie das dem Parlament vielleicht einmal verraten? Und Deutschland – dort wird eben festgestellt: Bruttoinlandsproduktsteigerung 0,2 Prozent in diesem Jahr und 1,0 im nächsten Jahr und den letzten Platz im Euroraum. Und im Sachverständigengutachten stellen die Sachverständigen auch fest: Die angespannte Haushaltslage ist nicht nur eine Folge der schlechten Konjunktur,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

sondern auch unzureichender Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre.

(Gabriele Schulz, PDS: Sie müssen es ja wissen!)

Darauf, Frau Finanzministerin, sind Sie überhaupt nicht eingegangen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 377,8 Millionen Euro in diesem Jahr und 371 Millionen Euro in 2003 gegenüber der gültigen Haushaltsplanung für drei Jahre – für die beiden Jahre nimmt Mecklenburg-Vorpommern weniger ein. Was plant unsere Finanzministerin, um dem zu begegnen? Für 2002 plant sie erst mal gar nichts. Sie will die Lasten in die Zukunft verschieben. 90 Millionen des voraussichtlichen Fehlbetrages von 250 Millionen Euro sollen

in einer ersten Rate 2003 kreditfinanziert werden. Und, Frau Finanzministerin, der Rest? Dazu sind Sie uns heute eine Auskunft schuldig geblieben.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Herr stellvertretender Ministerpräsident und Frau Finanzministerin, dieses Parlament, die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Haushaltsklarheit und -wahrheit, und das nicht nur nach Paragraph 2 Absatz 2 des Haushaltsrechtsgesetzes und des Paragraphen 10 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung.

Nein, meine Damen und Herren, ein weiterer Haushaltsgrundsatz neben der Haushaltsklarheit und -wahrheit ist die zeitnahe Veranschlagung gravierender Haushaltsveränderungen. Und wer, meine Damen und Herren, wollte heute bestreiten, dass die Steuerausfälle gravierend sind? 155 Millionen Euro verliert dieses Land 2002 und 2003 bei der Körperschaftssteuer und 344 Millionen Euro bei der Umsatzsteuer! Und dieses ist durch die mangelhafte Arbeit der Landesregierung mit verursacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit Ihrer Unterstützung der Steuerreform von Rot-Grün in Berlin, mit Ihrer Unterstützung verfehlter Wirtschaftspolitik – ich nenne hier nur Scheinselbstständigkeit, Ökosteuer und 630-Mark-Jobs – hat diese Landesregierung selbst die Ursachen für die gegenwärtige und die zukünftige Misere gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Holter, sagen Sie den Menschen in diesem Land, wie viel Kilometer Umgehungsstraßen man mit 499 Millionen Euro bauen kann! Sagen Sie ihnen, dass Ihnen der warme Händedruck in Berlin mehr wert war als der Geldmangel, der jetzt schon die Umgehungsstraßen in Wolgast und Anklam akut gefährdet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, Herr Professor Methling, sagen Sie den Menschen, dass Sie sie bei den FFH-Problematiken belogen haben, denn in Anklam wird die Umgehungsstraße durch FFH-Gebiete gefährdet! Sie haben hier im Landtag erklärt, FFH tut der Wirtschaft in diesem Land nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Die Umgehungsstraße ist durch ein FFH-Gebiet akut gefährdet. Sie ist weiterhin gefährdet, weil dem Bund und dem Land das Geld ausgeht.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Riemann, dafür, dass Sie dem Minister eben vorgeworfen haben, dass er die Menschen belogen hat, erteile ich Ihnen wegen eines unparlamentarischen Begriffes einen Ordnungsruf.

Wolfgang Riemann, CDU: Wie will nun diese Landesregierung mit den Steuerausfällen fertig werden? Wie in Berlin Hans Eichel, so plant auch in Schwerin Frau Finanzministerin Keler, die Nettokreditaufnahme zu erhöhen. Für 2003 soll die Nettokreditaufnahme um 491 Millionen mehr als verdoppelt werden und sie soll 2003 knapp 750 Millionen Euro betragen. Lasten werden also in die Zukunft verschoben. Nachhaltige Finanzpolitik, Frau Finanzministerin, sieht anders aus! Frau Keler, der Landtag und die Bürger des Landes haben ein Recht zu erfahren, ob Sie bei dem Ziel bleiben wollen, 2007/2008 ohne neue Kredite

auszukommen, wie Sie es am 20. September 2001 hier im Landtag erklärten. Auch dazu heute kein Wort!

(Angelika Gramkow, PDS: Sie hat sich klar geäußert. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ihrer Pressemitteilung vom 19. November 2002 führten Sie, Frau Keler, aus, dass die Kommunen 2002/2003 nur geringfügig von den Steuerausfällen betroffen sind.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh, oh!)

Das zeigt nur, wie wenig diese Landesregierung mit der tatsächlichen Situation vor Ort vertraut ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Fragen Sie doch einmal die Kämmerer der kreisfreien Städte! Schon muss Stralsund alle freiwilligen Leistungen streichen, in Schwerin und Rostock tun sich Haushaltslöcher ungeahnten Ausmaßes auf.

(Angelika Gramkow, PDS: Die haben wir aber schon ein bisschen länger, die Haushaltslöcher.)

Und, Frau Gramkow, 2,4 Millionen Euro Steuerausfälle in 2002 in Schwerin aufgrund der von Ihnen unterstützten Steuerreform, der Sie zugestimmt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sagen Sie das den Schweriner Bürgern: Ich habe 2000 einen Fehler gemacht und dafür muss Schwerin mit 2,4 Millionen Euro bluten!

(Angelika Gramkow, PDS: Im Gegensatz zu Ihnen habe ich das selbst im Wahlkampf gemacht, Herr Riemann.)

Der Landkreis Ostvorpommern, Frau Gramkow, hatte 2001 mit der Jahresrechnung ein Defizit von circa 12 Millionen DM. 12 Millionen DM! Am Ende des Jahres 2003 werden es mehr als 16 Millionen Euro sein. Mehr als verdoppelt innerhalb von zwei Jahren!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Fahrbibliothek, Musikschule, Volkshochschule, Altenheim, Flughafen – alles steht zur Disposition. Und Sie, Frau Keler, Sie sagen, die Kommunen sind weniger betroffen. Und was Sie dann mit dem Nachtragshaushalt für die Kommunen planen, kann ich nur eine Mogelpackung nennen. Neben 6,9 Millionen Euro, welche Sie den Gemeinden direkt wegnehmen wollen,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr.)

wollen Sie 56,7 Millionen Euro den Gemeinden aus der kommunalen Infrastrukturauschale streichen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nicht nur, dass damit geplante Investitionen nicht mehr realisiert werden können

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

und nicht mehr finanziert beziehungsweise refinanziert werden können,

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Riemann, Sie sind nicht auf dem Laufenden.)

dass Investitionen nicht fertig gestellt werden können – das Vertrauen der Gemeinden an stabilen Finanzen basiert auf unserer Haushaltsplanung 2002/2003 und dieses Vertrauen wird wieder einmal zerstört.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was Sie, Frau Finanzministerin, aber dann den Gemeinden als Kompensation anbieten, die 32 Millionen EFRE-Mittel, das ist echt eine Mogelpackung.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Dieses Geld, ...

In der Pressemitteilung steht, 32 plus 8 Millionen Mark Landesmittel, EFRE, werden kofinanziert, das wissen wir alle beide.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das ist doch ein faires Angebot. Oder nicht?)

Frau Gramkow, in diesem Ding kennen wir uns aus.

(Gabriele Schulz, PDS: Ja, dann sagen Sie es doch genau!)

32 Millionen EFRE-Mittel, das ist eine Mogelpackung, weil die Gemeinden dieses schon immer als Fördermittel aus dem Wirtschaftsministerium für Projekte, für Straßenbau, für Radwegebau abfordern konnten. Und dort werden diese Mittel dann vermindert.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD)

Seriöse Finanzpolitik, Frau Keler, ist dieses nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Mit 4 Millionen haben Sie Recht.)

Das ist linke Tasche, rechte Tasche! Das ist Täuschung!

(Heinz Müller, SPD: Lieber Gott, lass Hirn regieren, den Kopf!)

Noch am 20. September 2001 führten Sie, Frau Keler, hier im Landtag aus, Zitat: „Tatsächlich sind die Kommunen ein wichtiger Investitionsträger in unserem Land.“ Dem entziehen Sie schrittweise mit Ihrem Vorhaben für 2003, mit Ihrer Zustimmung zur Steuerreform, mit Ihrer Zustimmung zu der verfehlten Wirtschaftspolitik die Grundlagen. Und wenn Sie wirklich etwas für die Gemeinden tun wollen – und, Frau Gramkow, das ist ein Vorschlag der CDU-Fraktion, Sie haben ihn heute aufgegriffen, wir haben das auch schon einmal aufgegriffen –, dann sollten wir, alle drei Parteien, uns in Berlin dafür streiten, dass die Anhebung der Gewerbesteuerumlage um zehn Prozentpunkte wieder rückgängig gemacht wird! Das kann schon zum 01.01.2003 erfolgen, wenn die Bundesregierung, wenn Rot-Grün in Berlin das will.

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat die PDS-Bundestagsfraktion beantragt. Sie haben das abgelehnt.)

Da würde ich die Kollegen der SPD mit einladen, hier diesen Vorschlag aufzugreifen, eine Bundesratsinitiative gemeinsam zu starten. Wir werden Sie an Ihren Taten messen, nicht an Ihren Worten!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Planungssicherheit für die nächsten Jahre war versprochen, so Herr Schlotmann am 12.12.2001. Frau Keler versprach am 12.12.2001 minimierte Sozialausgaben.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn wir heute die Nachrichten gehört haben: Nordwestmecklenburg zehn Prozent Fallzahlsteigerung, Ostvorpommern dito, Sozialausgaben bei den Kommunen steigen und steigen – versprochen hatten Sie etwas anderes!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anlässlich der Haushaltseinbringung im September 2001, bei der übrigens Frau Finanzministerin jedem Jugendlichen eine Lehrstelle versprach: Wie sieht es denn heute damit aus?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, die verspricht viel.)

Trotz Abwanderung suchen noch mehr als 1.000 Jugendliche eine Lehrstelle! Versprochen, gebrochen!

Aber bei dieser Sitzung führte der Ministerpräsident Ringstorff aus, Zitat: „Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung unserer Zukunft spielen unsere Hochschulen und Universitäten.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Versprochen, Herr Ministerpräsident! Und, wie sieht es heute aus? Schlagzeilen: „Eine Universität wird zu Grabe getragen“, „Stellenabbau bis 2007“, „Begehrter Studiengang in Gefahr“, „Tourismusverband protestiert“, „Folge des Sparkurses: Greifswalder Klinikum macht wegen Geldmangel dicht“. So weit die Schlagzeilen. Und dazu die Landeskongress der Studierendenschaften (LKS), Zitat: „Bei der Bildung zu streichen, um Kosten zu senken, ist keine zukunftsorientierte Politik.“ Und wir werden hier bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2003 an Veränderungen zugunsten der Hochschulen und Fachhochschulen denken. Und auch das, Frau Gramkow und Kollegen der SPD-Fraktion, ist ein Vorschlag, den wir gemeinsam durchtragen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ja, ja, genau. So ist Ihr Schmalspurdenken! Haben Sie schon einen Deckungsvorschlag?! Wir werden einen bringen!

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, Herr Riemann, das gehört mit zur Sachpolitik.)

Aber Ihr erstes Denken ist, haben Sie jetzt schon einen Deckungsvorschlag.

(Rudolf Borchert, SPD: Das gehört mit zur seriösen Finanzpolitik dazu. – Glocke des Vizepräsidenten)

So kucken Sie! So kucken Sie! Mit den Scheuklappen des Haushaltes die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung dieses Landes zu strangulieren, das ist keine seriöse Finanzpolitik, Herr Borchert!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist keine seriöse Finanzpolitik!)

Denn, meine Damen und Herren, Hochschulen und Universitäten sind eines der wenigen Zukunftspotentiale dieses Landes.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und, Herr Professor Metelmann, Sie haben hierbei keine 100 Tage Schonfrist!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich denke, wir werden uns auch darüber zu unterhalten haben, wo eigentlich die versprochenen 100 Prozent Unterrichterversorgung geblieben sind. Die Schulen im Lande, die Eltern sagen etwas anderes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 hatten wir 196,3 Millionen Euro Steuermehreinnahmen geplant. Heute müssen wir 748,8 Millionen Euro Mindereinnahmen konstatieren. Und es sage keiner, der 11. September 2001, die Weltkonjunktur oder die Flut waren schuld. Wir müssen uns fragen: Warum läuft es in den USA, in allen europäischen Ländern des Euroraumes besser?

(Angelika Gramkow, PDS: Es sieht aber inzwischen schon anders aus.)

Warum steigt aber bei uns die Arbeitslosigkeit? Warum stagniert die Wirtschaft? Warum ...

(Angelika Gramkow, PDS: Selbst Frankreich bekommt den blauen Brief.)

Selbst Frankreich hat ein besseres Wirtschaftswachstum. Kucken Sie sich das an!

(Angelika Gramkow, PDS: Frankreich droht der blaue Brief!)

Kucken Sie sich das Sachverständigengutachten an!

(Angelika Gramkow, PDS: Ich hab das gelesen.)

Ja, und nicht 3,8, sondern 2,8 Frankreich.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch schlimm genug, wenn ein blauer Brief die Franzosen erreicht.)

Ja, aber wir sind noch ein ganzes Stück besser als die Franzosen, Frau Gramkow. Da müssen wir uns fragen: Warum ist es in Deutschland so?

(Angelika Gramkow, PDS: Hätten Sie mir mal zugehört!)

Warum nimmt die Abwanderung junger Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern zu? Warum planen Firmen zunehmend, ihre Produktion ins Ausland zu verlegen? Und wir müssen uns fragen: Welche Konzepte dagegen verfolgen die Regierenden in Berlin und Schwerin?

Hier nur drei Beispiele:

Erstens. Die Eigenheimförderung soll drastisch reduziert werden, beschließt Rot-Grün in Berlin. Und dieses, obwohl Fachleute darauf hinweisen, dass mit jedem ausgegebenen Euro in der Eigenheimförderung mehr als 3 Euro Steuereinnahmen wieder hereingeholt werden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, das ist der Punkt!)

und obwohl, meine Damen und Herren, Fachleute darauf hinweisen, dass jeder Euro Eigenheimförderung mehr als 7 Euro Kapital mobilisiert, nicht nur für die Bauwirtschaft und deren Zulieferer, sondern auch für die Möbelindustrie, für den Gartenbau, für die Textilindustrie, für die Hersteller von Haustechnik und vieles mehr. Dieses, meine Damen und Herren, ist ein Programm für Arbeitsplatzabbau. Und ich bin gespannt, wie sich diese Landesregierung, wie Sie sich dazu stellen werden!

Zweitens. Rot-grüne Sparpläne sehen die Streichung der steuerlichen Förderung des Denkmalschutzes vor. Auch dazu hätte ich heute gerne in der Erklärung von Frau Keler etwas gehört. Herr Metelmann, haben Sie ihr nicht gesagt, welche Folgen das haben kann für unsere Städte?!

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Folge ist, Kulturgüter verfallen. Aber das ist nicht die einzige Folge. Die Erhaltung von Denkmälern ist arbeitsintensiv.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

70 bis 80 Prozent sind Personalkosten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Lohn- und Einkommenssteuerausfälle, Grunderwerbssteuerausfälle, Umsatzsteuerausfälle und Entlassungen sind die Folge. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass von Nachhaltigkeit Berliner Finanzpolitik keine Rede sein kann.

Drittens. Und hier in diesem Land? – Der Anstieg von Personalausgaben soll reduziert werden. Der Anstieg von Personalausgaben soll reduziert werden!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen marginal gemindert werden. Landesprogramme – welche, Frau Finanzministerin? – werden gekürzt. Im Wohnungsbau und im Staatshochbau wird gestrichen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sieht so ein Umsteuern, sieht so eine Zukunftspolitik für unser Land aus? Ohne Solidarpakt II und Fördermittel der Europäischen Union – ich kann das nur bekräftigen, was Herr Rehberg gesagt hat – wäre unser Haushalt verfassungswidrig. Statt neuer zukunftsweisender Gestaltung, statt die Steuerausfälle zum Anlass zu nehmen, neue zukunftsfähige Gestaltung für dieses Land auf den Weg zu bringen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Rasenmäher, Stillstand in Schwerin und Berlin. Und damit dieser Stillstand kaschiert wird, verkündet der Ministerpräsident, Mecklenburg-Vorpommern soll zu den Vorreitern der Verwaltungsmodernisierung gehören.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh!)

Wo, Herr Ministerpräsident, ist das Konzept zur Eindämmung der Gesetzes- und Verordnungsflut? Das kostet kein Geld, sondern erleichtert es den Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Und, meine Damen und Herren, ich will Sie noch mit einem drastischen Beispiel, wie diese Landesregierung das Parlament sieht, konfrontieren. Vor wenigen Tagen gab es in der Sparkasse in Ostvorpommern, in Greifswald, eine Veranstaltung, an der der Wirtschaftsminister Herr Ebnet teilgenommen hat und Unternehmer gerade dieses beklagt haben – die Gesetzes- und Verordnungsflut. Da stellt sich unser Minister hin und sagt: Ja, ich bin ganz Ihrer Meinung, aber schuld daran sind die Abgeordneten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Abgeordneten sind also für Verordnungs- und Gesetzesflut zuständig!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und außerdem wären die Abgeordneten ja etwas minderbemittelt und könnten das sowieso nicht kapieren. So hat es der Minister wörtlich ausgedrückt.

(Angelika Gramkow, PDS: Wörtlich?! –
Heike Polzin, SPD: Das halte ich ja für falsch.)

Ich werde dazu auch noch einen Zeugen von Herrn König bringen, der das absolut abgestritten hat. So ist die Achtung der Landesregierung vor diesem Parlament!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja,
er wird schon schön rot.)

Wo, Herr Ministerpräsident, ist die Zusammenlegung von Arbeits- und Wirtschaftsministerium, von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium? Das spart Geld und verkürzt Entscheidungswege!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Angelika Gramkow, PDS:
Wie viel, Herr Riemann?)

Kann ich Ihnen vorrechnen, Frau Gramkow, machen wir nachher.

(Angelika Gramkow, PDS: Da
wäre ich sehr dran interessiert. –
Heinz Müller, SPD: Oh ja! Oh ja!)

Wo, Herr Ministerpräsident, ist ein schlüssiges Personalentwicklungskonzept für dieses Land und nicht nur für Einzelbereiche? Nur ein Nichtbesetzen von freien und frei werdenden Stellen reicht nicht aus.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nach den Plänen der Landesregierung werden wir erst 2010 die Stellenausstattung haben, die 2001 einwohnerbezogen Schleswig-Holstein hatte. Das ist doch keine anspruchsvolle Zielstellung!

(Angelika Gramkow, PDS: Wie sollen wir es denn machen?! Weniger Polizei? Weniger Lehrer?)

Und was genau soll nun diese Superverwaltungsmodernisierung sein?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir lassen es so.)

Vier Landkreise sollen es sein. Die Kommunen werden mit finanziellem Druck aufgefordert, bis 2004 die Ämter zusammenzulegen.

(Zuruf aus dem Plenum: Machen
Sie doch eine Enquetekommission!)

Dicht am Bürger, nennt das der Ministerpräsident. Ich nenne das Sparen an den Gemeinden zu Lasten der Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was plant nun diese Landesregierung? Hier haben Sie den Plan von unserem Innenminister Herrn Timm.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, er hat einen Plan!)

Also, das Wirtschaftsministerium verliert alle oberen Landesbehörden. Das Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung, Forsten und Fischerei verliert die oberen Landesbehörden und die unteren Landesbehörden. Das Ministerium für Arbeit und Bau verliert – es hat nur untere Landesbehörden – alle unteren Landesbehörden. Das Sozialministerium verliert alle oberen und unteren Lan-

desbehörden. Warum, meine Damen und Herren, gibt es hier oben nicht ein einziges Kreuz? Wenn Sie wirklich hätten sparen wollen, dann hätten Sie auch, Herr Timm, weiter oben ein paar Kreuze einsetzen können,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

denn wenn es keine oberen und unteren Landesbehörden mehr gibt, wozu ist dann dieses Ministerium überhaupt noch gut?

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Und ein prägnantes Beispiel, ja, Herr Backhaus, es betrifft Ihren Bereich: 33 Forstämter sollen weg. Prima hat sich Herr Timm das gedacht.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Wird die Forst kommunalisiert, wird sie privatisiert? Wie steht Ihr Kollege Herr Dr. Backhaus denn zu dem, was Sie dort vorgeschlagen haben?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Kein durchdachtes Konzept dieser Landesregierung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Das lässt er doch nicht zu!)

Bei den Indianern wird gespart, aber nicht bei den Häuptlingen!

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Heinz Müller, SPD: Heut ist
der 25.11. und nicht der 11.11.! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ja, ja, unsere Vorschläge zur Verschlinkung der Verwaltung wurden ja in der letzten Legislaturperiode jeweils immer abgelehnt.

(Heinz Müller, SPD: Karnevalsreif!)

Wir werden sie Ihnen erneut zum Nachtragshaushalt unterbreiten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ursache unserer Misere bei den Steuereinnahmen ist die verfehlte Wirtschaftspolitik und die mittelstandsfeindliche Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Und ich werde nicht nachlassen: Diese Landesregierung trägt dafür mit Verantwortung!

(Beifall Karin Strenz, CDU)

Auch hierzu ein Beispiel: Die im Wahljahr mit viel Brimborium gestartete Initiative mit Jobgutscheinen hat bei über 8.600 ausgegebenen Gutscheinen in Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal zehn Prozent der mit diesen Gutscheinen ausgestatteten Arbeitssuchenden in Mecklenburg-Vorpommern geholfen.

Und noch ein zweites Beispiel aus meinem Wahlkreis: Zwei junge, in der Gastronomie arbeitende Leute haben keine Lust mehr, jeden Winter arbeitslos zu sein. Sie ergreifen die Initiative, wollen eine Erlebnisgastronomie mit einem guten Konzept – selbst die Bank sagt, es ist ein gutes Konzept – etablieren,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das will schon was heißen.)

wollen Arbeitslose einstellen. Anruf beim Wirtschaftsministerium: Ach, gehen Sie doch mal zum LFI! Beim LFI: Dafür sind wir nicht zuständig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja. So was kennt man.)

Und die Banken: Von Pontius zu Pilatus bin ich gelaufen, für diesen Bereich gibt es keinen Kredit. Und es gibt auch keine Fördermittel für diesen Bereich, keine Bürgschaften von Seiten der Landesregierung.

(Torsten Koplin, PDS: Das stimmt aber nicht, was Sie da sagen.)

Selbst der Jobfloater oder Kapital für Arbeit, wie es hieß, hilft nicht, damit diese beiden Existenzgründer Arbeit bekommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum nicht?)

Und der Anruf bei der Existenzgründerkampagne von Herrn Holter war ebenfalls ein Flop, weil da vielleicht ein pensionierter Lehrer gesessen hat, der das runtergebetet hat, was sie schon längst wussten.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und das Fazit: Wir doktern weiter am System, anstatt es zu ändern. Und das ist auch kennzeichnend für Ihren Antrag „Einnahmesituation verbessern“. Wo ist die Ausgabenseite in Ihrem Antrag? Wo ist die Ausgabenseite in Ihrem Antrag?

(Angelika Gramkow, PDS: Sie kriegen doch den Nachtragshaushalt!)

Drei Punkte für Steuererhöhungen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie bitte?)

Ich sage Ihnen, Vermögenssteuer kostet der Peenerwerf zehn Arbeitsplätze. Zehn Arbeitsplätze! Sie können sie einführen, es kostet Arbeitsplätze.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und Sie haben völlig vergessen in Ihrem Antrag Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung und zur Wirtschaftsbelebung. Und der Punkt 4, Gemeindefinanzreform auf Bundesebene einklagen, damit man im Land den Kommunen besser in die Taschen greifen kann, das ist zutiefst Schwarzer-Peter-Spiel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Es fehlen in Ihrem Antrag Maßnahmen, die den Menschen mehr Geld in den Taschen lassen, die die Binnenfrage ankurbeln. Und es fehlen in Ihrem Antrag Maßnahmen, die den Haushaltsvollzug, insbesondere bei investiven Maßnahmen, verbessern. Ich komme noch dazu.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere heutige Sondersitzung beinhaltet die Situation der öffentlichen Haushalte, deshalb abschließend noch einige Ausführungen zur aktuellen Haushaltslage per 31. Oktober. Während die Personal- und Zinsausgaben, Sach- und Fachausgaben erneut über dem Niveau des vergangenen Jahres liegen, erreichen die Investitionsausgaben – also, meine Damen und Herren, die Ausgaben, die Arbeit schaffen und sichern – zum möglichen Soll von 83,3 zum 31. Oktober gerade einmal 61 Prozent.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Hört, hört!)

61 Prozent, das sind fast 350 Millionen Euro Investitionsmittel weniger, als der Plan vorsieht. Und ich habe noch nicht hineingerechnet die umfangreichen Reste, die noch übertragen worden sind, die auch noch mit abgebaut werden müssen in diesem Jahr, um die Wirtschaft voranzubringen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das nennt man Investitionsoffensive.)

Ja. Anstatt wenigstens der notleidenden Bauwirtschaft mit den im Haushaltsplan enthaltenen Mitteln unter die Arme zu greifen, sieht der Mittelabfluss hier nur 56,5 Prozent zum 31.10.2002 vor. Das sind 71 Millionen Euro weniger, als der Plan vorsieht.

(Harry Glawe, CDU: Ja, die Reste werden gestrichen, ist doch klar. Die Reste werden gestrichen.)

Diese Landesregierung spart nicht bei sich selbst, sondern sie spart bei arbeitsplatzschaffenden und steuerbringenden Investitionen und trägt somit einen Großteil der Verantwortung für die rote Laterne bei der Wirtschaftsentwicklung und bei steigender Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Überdurchschnittlich, meine Damen und Herren, und das ist kennzeichnend für dieses Land, entwickeln sich die Personalausgaben im Innen-, im Wirtschaftsministerium sowie im Ministerium für Arbeit und Bau.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Unterdurchschnittlich sind die Investitionsausgaben im Wirtschaftsministerium mit minus 127 Millionen Euro zum Zeitsoll. Was ist eigentlich aus Ihrer Infrastrukturoffensive geworden, Herr Ebnet?

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Die Wahl ist doch um.)

Und, meine Damen und Herren, vom 07.11.2002 – hören Sie gut zu! –, vom 07.11.2002 bis zum 17.11.2002 nur zwei Fördermittelbescheide bei den Aktivitäten der Landesregierung!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Tja, vor der Wahl waren es pro Woche so 20 bis 30. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Die Investitionsausgaben im Landwirtschaftsministerium betragen 48,9 Prozent. Wie gesagt, wir könnten 83 erreichen, 48 im Landwirtschaftsministerium, minus 56,5 Millionen Euro zum Zeitsoll. Im Sozialministerium 56,4 oder minus 31 Millionen Euro zum Zeitsoll. Im Staatshochbau, Frau Finanzministerin – deshalb wird es Ihnen leicht fallen, dort 10 Millionen Euro herauszunehmen, das ist noch nicht einmal eine Sparbemühung, das ist gar nichts, Frau Finanzministerin –,

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig!)

im Staatshochbau erreichen wir zum 31.10. 51,4 Prozent oder minus 58 Millionen Euro, und das, obwohl dort erhebliche Reste schlummern. Im Umweltministerium sind es 47,4 Prozent oder 20 Millionen Euro. Und Herr Holter erreicht 68,4 Prozent oder minus 33 Millionen Euro. Und, meine Damen und Herren, der Haushaltsplan ist nicht nur eine Ermächtigung für Ausgaben, er soll auch dieses Land stärken und entwickeln. Aber diese Zahlen

beweisen: Ebnet und Backhaus haben vor lauter Wahlkampf ihre Aufgaben vergessen. Frau Bunge war nur noch an sich selbst interessiert statt an Pflegeheimen und Krankenhäusern.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Frechheit! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Frau Keler benutzt den Staatshochbau als Sparbüchse. Und Professor Methling investiert lieber in sein unverbindliches Lächeln als in die Umwelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Reinhard Dankert, SPD:

Wenn wir Sie nicht kennen würden, würden wir uns darüber aufregen, über das, was Sie hier sagen.)

Herr Holter kämpft mit seinen Affären statt für Arbeitsplätze und gegen den Abwärtstrend der Bauwirtschaft. Und über allem Chaos trohnt unser Ministerpräsident und es schweigt die Kraft des Landes. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Setzen! Sechs! – Heinz Müller, SPD: Irgendwie tut er mir Leid.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Meine Damen und Herren Minister, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Äußerungen in den Saal hinein von hier oben nicht möglich sind und unterlassen werden.

Als Nächstes erhält das Wort der Abgeordnete Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verlauf der heutigen Debatte verstärkt meine Meinung, dass die Sondersitzung eigentlich nicht notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die CDU – und die letzten Ausführungen von Herrn Rehberg machen es ja deutlich beziehungsweise insbesondere die von Herrn Riemann – möchte hier einen verlängerten Wahlkampf praktizieren. Nur, meine Damen und Herren von der CDU: Die Wahlen haben Sie verloren am 22. September und ich bin froh, dass uns das Trio Stoiber, Möllemann, Rehberg erspart geblieben ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Um sich hier heute während der Sondersitzung einige Geschichten von Herrn Riemann aus seinem Wahlkreis anzuhören, weiß ich nicht, ob dafür eine Sondersitzung notwendig gewesen wäre.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist die Lage im Land, Herr Borchert! Aber Sie sind ja so abgehoben! – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ausgerechnet er.)

Und was die Lage im Land anbelangt, da muss ich sagen, die Situation der öffentlichen Haushalte aufgrund der aktuellen Steuerschätzung ist im Wesentlichen auch hinreichend bekannt. Warum dann heute diese Debatte, wenn schon am 11. Dezember ja bereits die nächste Landtagssitzung stattfindet und wir dort auch die Möglichkeit gehabt hätten, also in 17 Tagen, diese Debatte zu

führen? In einem möchte ich Ihnen Recht geben, Herr Rehberg:

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Situation am 11. Dezember wird noch genauso außergewöhnlich sein wie heute.

Hinzu kommt, wenn es auch nur ein kleiner Betrag ist, aber die heutige Sitzung ist nicht unbedingt ein Sparbeitrag.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na dann sparen Sie doch den Landtag! – Wolfgang Riemann, CDU: Dann können wir den Landtag ja gleich einsparen!)

Circa 4.000 Euro für solch eine Sondersitzung sind beileibe kein Sparbeitrag!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und dann hätte ich noch einen Wunsch gehabt, Herr Glawe:

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Nun ist es aber genug! – Glocke des Vizepräsidenten)

Ich hätte den Wunsch gehabt, dass die antragstellende Fraktion hier heute noch zahlreicher vertreten gewesen wäre. Möglicherweise stehen sie ja alle im Stau, die heute nicht bei Ihnen anwesend sind.

(Harry Glawe, CDU: Von wegen! Nun ist es aber genug! – Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Borchert, ich würde ganz vorsichtig sein wegen dem Montagstermin!)

So, aber wenn wir schon eine Sondersitzung haben – und schließlich ist es das gute Recht der Opposition, als gute Demokraten akzeptieren wir das natürlich –,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

dann machen wir also eine Sondersitzung.

(Harry Glawe, CDU: Das Recht der Opposition werden Sie nicht abschaffen, das sage ich Ihnen!)

Ich muss allerdings sagen, wenn ich den CDU-Antrag so lese, Fehlanzeige. Wir hätten aus der heutigen Sondersitzung mehr machen können, denn er beinhaltet lediglich in den Punkten 1 und 2 die Bitte um Unterrichtung. Dem werden wir nachkommen, und zwar im Finanzausschuss nächste Woche Donnerstag, auf Grundlage der Anträge von SPD und PDS im letzten Finanzausschuss. Und was den Punkt 3 betrifft, die Forderung nach Nachtragshaushalt, um diese Frage zu debattieren, hätten wir nun wirklich keine Sondersitzung gebraucht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich gehe aber noch einmal darauf ein und will auch gleich sagen, die SPD-Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das beantragte Thema „Situation der öffentlichen Haushalte“ ist nach meiner Meinung zu kurz gegriffen. Situationsbeschreibung ist viel zu wenig. In unserem Antrag haben wir Ziele und Maßnahmen formuliert, um die Situation zu meistern beziehungsweise zu verbessern.

Vermisst, meine Damen und Herren von der CDU, habe ich bei Ihnen heute Alternativvorschläge, Ihre Konzepte im Wettstreit von besten Ideen und Lösungen, um diese komplizierte Situation zu meistern.

(Harry Glawe, CDU: Na wer regiert denn hier?! Wer regiert hier?!)

In Ihrem Redebeitrag, Herr Rehberg, nannten Sie fünf Punkte. Fünf Punkte! Und bezeichnend ist, Sie brauchten für diese fünf Punkte Alternativvorschläge eine Minute. Eine Minute, mehr nicht!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, die haben wir so drauf. Die haben wir drauf. Das können wir. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, wodurch ist die Situation der öffentlichen Haushalte nach der aktuellen Steuerschätzung nun gekennzeichnet?

Die Finanzministerin hat im Laufe des Jahres 2002 mehrmals auf Haushaltsverschlechterungen hingewiesen. Bereits im März diesen Jahres sind erste Schritte zur Gegensteuerung eingeleitet worden. Die Maisteuerschätzung hat die im März 2002 vorausgesehenen Ausfälle bestätigt und seit Mitte des Jahres zeichneten sich weitere massive Steuerausfälle ab. Nach der regionalisierten Steuerschätzung vom 12. und 13. November werden sie für das Land 2002 375 Millionen Euro und für 2003 371 Millionen Euro betragen. Auch für 2004 und 2005 wird mit Steuermindereinnahmen von über 400 Millionen Euro gerechnet.

Bei den Kommunen sieht es so aus, dass sie ebenfalls große Steuerausfälle haben, allerdings im Zeitraum Maisteuerschätzung/Novembersteuerschätzung vergleichsweise mit geringen Abweichungen, 2002 zum Beispiel zwischen der Steuerschätzung Mai und November nur 1 Million Euro und auf 2003 bezogen Maisteuerschätzung/Novembersteuerschätzung 13 Millionen Euro. Vergleicht man die prozentuale Ausrichtung dieser Steuerausfälle, sind es bei den Kommunen insgesamt circa 3 Prozent, beim Land über 9 Prozent. Die Kommunen sind also zwar unterproportional im Vergleich zu Bund und Land von Steuerausfällen betroffen, haben aber erhebliche Ausgabenzuwächse, zum Beispiel im Bereich Sozialhilfe, und können trotz guter Finanzausstattung durch das Land diese erheblichen Probleme bei der Gestaltung ihrer Haushalte zunehmend kaum noch lösen.

Aber auch die Situation des Landes wird durch unabwiesbare Mehrbedarfe in Höhe von 107 Millionen Euro für 2003 zusätzlich belastet. Dazu gehören zum Beispiel Zahlungen aus dem Sonder- und Zusatzversorgungssystem der DDR allein für 2002 in Höhe von 70 Millionen Euro, Werfthilfe, Wohngeld, Personal- und Gerichtskosten.

Also bleibt als Schlussfolgerung stehen: Die Situation für alle – ich betone, für alle – öffentlichen Haushalte hat sich weiter dramatisch verschlechtert.

Wo sind nun Konzepte, wo sind Antworten auf diese komplizierte Situation?

Ich möchte als Erstes auf kurzfristige Maßnahmen eingehen. Für 2002 wird also trotz Sparen und Anhebung der Kreditaufnahme um 100 Millionen Euro von bisher 332 Millionen Euro auf 432 Millionen Euro ein Haushaltsfehlbetrag von über 250 Millionen Euro verbleiben, der als Haushaltsübertrag dann auf die Folgejahre gesplittet und übertragen wird, 90 beziehungsweise 160 Millionen Euro.

Die Grundlage ist klar: Paragraph 25 Abschnitt 3 der Landeshaushaltsordnung. Die CDU-Alternative, einen Nachtragshaushalt zum jetzigen Zeitpunkt, also Ende November/Dezember 2002 zu machen, halte ich für ein völlig ungeeignetes Mittel.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Die Ausgaben stehen fest und wie wir die Einnahmesituation für 2002 regeln müssen, das habe ich eben kurz dargestellt.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Zweitens kommt es bei den kurzfristigen Maßnahmen darauf an, dass wir zwangsläufige Mehrausgaben in den Folgejahren durch Einsparungen abfangen. 107 Millionen Euro in 2002, 154 Millionen Euro in 2003. Einige Punkte wurden genannt, ich möchte sie aus Zeitgründen nur noch einmal stichpunktartig anreißen:

- Die Wohnungsbauförderung wird nahezu auf Kofinanzierungsbedarfe reduziert.
- Landesprogramme werden gekürzt.
- Die sächlichen Verwaltungsausgaben müssen abgesenkt werden.
- Auch der Anstieg der Personalausgaben muss stärker als geplant reduziert werden.
- Und – das wird schmerzhaft, aber sich nicht vermeiden lassen – im Rahmen des FAG müssen wir für 2004 auch die Kommunalfinanzen in der jetzigen Ausstattung zur Disposition stellen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sparen ist zwar richtig, aber wenn es konjunkturabwürgend wirkt, ist es kontraproduktiv. Deshalb werden wir die Steuermindereinnahmen durch eine Anhebung der geplanten Nettokreditaufnahme finanzieren

(Wolfgang Riemann, CDU: So macht doch Rot-Grün in Berlin gerade das Kontraproduktive. – Eckhardt Rehberg, CDU: Sie werden es nicht begreifen.)

in einer vor kurzer Zeit noch nicht geahnten Dimension. Das bedeutet für 2003 eine Erhöhung der Kreditaufnahme um 490 Millionen Euro auf 746 und für 2004 um 570 Millionen Euro auf 695. Wir erhöhen also die Nettokreditaufnahme auf das unbedingt notwendige Maß und reagieren damit auf die außergewöhnlich schlechte volkswirtschaftliche Situation zumindest ansatzweise antizyklisch. Dieses Konzept – ein Mix von Krediterhöhungen und Sparen – ist angesichts der objektiven Lage unumgänglich und ohne Alternative.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Mittelfristig aber sind wir natürlich abhängig von bundespolitischen und internationalen Entwicklungen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und den Marsmännchen.)

um die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu verbessern. Zwei Stichworte: Steuerrechtsänderungen, Konjunkturentwicklung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen eine effizientere Unternehmensbesteuerung, die für mehr

Steuergerechtigkeit sorgt, den Abbau von Steuersubventionen und Vergünstigungen. Und ein erster Schritt dazu – auch wenn sicherlich nicht jedem einzelnen Punkt dieser 41 Punkte von Eichel zuzustimmen ist und beliebt schon gar nicht –, ein erster Schritt dazu ist das Steuervergünstigungsabbaugesetz, das am 5. Dezember im Bundestag beraten wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist ein Wort!)

Einige Punkte möchte ich daraus nennen: Gewinne aus Wertpapier- und Immobiliengeschäften werden zukünftig pauschal mit 15 Prozent besteuert, Aktiengewinne mit 7,5. Eine höhere Belastung für die Nutzung von Dienstwagen ist vorgesehen,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Begrenzungen der Verrechnungsmöglichkeiten von Verlustvorträgen mit aktuellen Gewinnen, Abschaffung der gewerbesteuerlichen Organschaft. Das bringt den Kommunen bundesweit über 1 Milliarde Euro Mehreinnahmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das Wortungetüm ist eine Täuschung. Es ist keine Steuervergünstigung, sondern eine neue Steuer.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, lieber Herr Born, ich würde mir wünschen, Sie würden dann im Bundesrat, wenn die Entscheidungen anstehen, den Einfluss geltend machen, um dem Großteil

(Dr. Ulrich Born, CDU: Um Unfug zu verhindern, ja.)

dieser Punkte Ihre Zustimmung zu geben. Das wäre nämlich ein wichtiger Beitrag,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, nein, nein, nein!)

um die Einnahmesituation auch für Mecklenburg-Vorpommern und auch für die Kommunen zu verbessern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen eine höhere Besteuerung von Großvermögen

(Harry Glawe, CDU: Eine gute Sache.)

durch ein reformiertes Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eine Haarfärbesteuer brauchen wir auch! – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Torsten Koplin, PDS: Nun ist es ja gut, ist ja gut! – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Also es ist schon mein Anliegen, aufgrund der außergewöhnlich schwierigen Situation, Herr Riemann, hier eine ernsthafte Debatte zu führen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heike Polzin, SPD: Er hat heute den 11.11., den ganzen Tag schon!)

Ja, es ist vielleicht Faschingszeit, Büttenreden und so weiter, aber der Höhepunkt ist eigentlich erst im Februar, Herr Riemann. Ihr Talent haben Sie ja heute wieder bewiesen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann machen Sie mal weiter, Herr Borchert!)

Ja, machen wir mal weiter.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

In Deutschland wird inzwischen pro Jahr in Höhe von über 200 Milliarden Euro Vermögen vererbt, aber es werden noch nicht mal 3 Milliarden Euro Steuern darauf erhoben,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Steuern in einer Höhe gezahlt, die, gemessen am internationalen Standard, einen sehr geringen Wert ausmachen.

(Harry Glawe, CDU: Sagen Sie doch, dass Sie die Mehrwertsteuer bald erhöhen wollen!)

Und da diese Steuer eine Landessteuer ist, könnte unser Land anstatt der geplanten 4 Millionen Euro für 2002 beziehungsweise für 2003 zukünftig zwischen 8 und 10 Millionen Euro pro Jahr einnehmen. Das wäre eine Steuermehreinnahme von circa 4 bis 6 Millionen Euro.

(Karin Strenz, CDU: Das Geld soll im Land bleiben, ja.)

Geld, bei dem wäre ich froh, wenn wir das zum Beispiel einsetzen könnten für ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja. – Harry Glawe, CDU: Da fehlen alleine 50 Millionen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen eine stärkere Besteuerung von Großvermögen durch die Wiedererhebung der privaten Vermögenssteuer.

(Harry Glawe, CDU: Bei den Kitas gibt es einen Investitionsstau von 50 Millionen, Herr Borchert. – Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Noch im Jahr 1996 hatte unser Land über den Länderfinanzausgleich einen Anteil von 2,3 Prozent vom Gesamtaufkommen der Vermögenssteuer,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das heißt, damals 4,6 Millionen Euro als Einnahme, obwohl die Steuer für Ostdeutschland nicht erhoben wurde. 4,6 Millionen Euro 1996. Im gleichen Jahr wurde die Vermögenssteuer von der CDU/F.D.P. abgeschafft und dies führte insgesamt zu einem Einnahmeverlust in allen Länderhaushalten insgesamt von 4,6 Milliarden Euro im Jahre 1996/97.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. – Eckhardt Rehberg, CDU: Da gibt es ein Urteil in Karlsruhe. – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen, dass es ein Bundesverfassungsgericht gibt. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Nach einem aktuellen Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung (DIW) wäre nicht nur eine verfassungskonforme Wiedereinführung der privaten Vermögensbesteuerung möglich, sondern bei Freibeträgen von 500.000 Euro je Haushalt und einem Steuersatz von 1,5 Prozent wäre ein Gesamtaufkommen von über 20 Milliarden Euro für die Bundesrepublik möglich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS,
Reinhard Dankert, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Zahlen nachprüfbar, nachlesbar. Da auch diese Steuer eine reine Landessteuer ist, wäre für unser Land eine Mehreinnahme über den Länderfinanzausgleich in Höhe von 20 Millionen Euro möglich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bitte was?! –
Harry Glawe, CDU: Was?! –
Wolfgang Riemann, CDU: Gut, jetzt
hören wir mal auf mit dem Konjunktiv!)

Ja, möglich deshalb, weil uns die Stimmen der CDU im Bundesrat, befürchte ich, fehlen werden, um die private Vermögenssteuer wieder einzuführen.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Karsten Neumann, PDS)

Aber ich wiederhole meinen Appell, sehr geehrte Damen und Herren der CDU,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und ich appelliere auch an dich, Wolf-Dieter Ringguth, sich für Steuerrechtsänderungen im Bundesrat einzusetzen, sie nicht zu blockieren,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Landessteuer im Bundesrat?!)

damit Landesinteressen zu vertreten, denn nur somit können wir Steuereinnahmen für uns verbessern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Sie wollen doch sowieso
die Mehrwertsteuer erhöhen. Hören Sie doch
auf! – Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen auch eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Borchert, gestatten Sie eine Anfrage?

Rudolf Borchert, SPD: Anschließend bitte, ja.

Zur Gemeindefinanzreform hat sich am 23. Mai diesen Jahres eine Kommission konstituiert, von der wir erwarten können, dass sie Mitte 2003 konkrete Vorschläge zur Gesetzgebung unterbreitet. Ziel der Gemeindefinanzreform ist die Weiterentwicklung der Gemeindefinanzsicherung, welche den Kommunen einerseits verlässliche Einnahmen sichert, andererseits kommunale Entscheidungsspielräume erweitert und Aufgabenerfüllung und Finanzierung wieder in Einklang bringen soll. Im Mittelpunkt dieser Debatte steht nicht nur die Zukunft der Gewerbesteuer – die Absenkung der Gewerbesteuerumlage wurde ja auch bereits genannt –, sondern auch eine breitere Bemessungsgrundlage für eine Grundsteuerreform, in der alle Einheits- und Steuerbeträge, Steuermessbeträge auch den entsprechenden aktuellen Bemessungsgrundlagen angepasst werden. Eine aufgabengerechte Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gehört ebenfalls dazu, genauso wie eine Diskussion praktisch bezogen auf die Ausgabenseite, Stichwort steigende Sozialhilfekosten.

Nun zum Aspekt Konjunkturbelebung. Das sagt sich so leicht dahin: Wir brauchen Konjunkturbelebung. Wie schwer das ist in der heutigen Zeit, haben wir ja auch erfahren bezüglich der Aussagen, die gemacht wurden

zur Entwicklung in den USA. Ich möchte hier noch mal klarstellen, die Aussagen von Frau Keler bezogen sich auf 2001. Hinzuzufügen ist natürlich, dieses Zitat, dass es noch nie solche Schwankungen gegeben hat in den letzten 30 Jahren bezüglich der Prognosen der Entwicklung von Bruttoinlandsprodukten, zeigt natürlich eine besonders dramatische Situation.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt hab
ich gar nichts mehr verstanden.)

Zur Entwicklung des BIP: Im Mai waren noch 0,75 Prozent prognostiziert, jetzt aktuell 0,5 Prozent und für 2002 2,5 Prozent ursprünglich und jetzt 1 bis 1,5 Prozent. Und für 2004 und 2005 sind Prognosen zwar reine Spekulation, trotzdem sind wir gut beraten, nicht zu hohe Erwartungen zu haben und vorsichtig zu planen. Wenn es besser läuft, wird es Steuermehreinnahmen geben beziehungsweise die Steuerausfälle werden geringer ausfallen, denn konjunkturbedingte Mehreinnahmen müssen nach meiner Meinung vorrangig zur Absenkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt werden, aber auch für neue politische Spielräume, um in Wirtschaft und Bildung zu investieren.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt gehen sie
erst mal hoch, die Kreditaufnahmen.)

Dieses beziehe ich ausdrücklich auch auf mögliche Mehreinnahmen durch Steuerrechtsänderungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz aller aktuellen Schwierigkeiten halten SPD und PDS an folgenden drei finanzpolitischen Zielen fest:

Erstens. Um den infrastrukturellen Nachholbedarf gegenüber zumindest den finanzschwächsten westdeutschen Flächenländern aufzuholen, der circa 16 bis 18 Milliarden Euro beträgt, werden wir auch im Jahre 2003 die Investitionen mit mehr als 1,4 Milliarden Euro auf einem sehr hohen Niveau fortführen. Damit leisten wir einen wirksamen Beitrag für den Aufbau oder die Schaffung einer funktionsfähigen zukunftssträchtigen öffentlichen Infrastruktur, bilden damit die Grundlage für die Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Zweitens. Die Haushaltskonsolidierung wird kontinuierlich fortgesetzt. Die Rückführung der Nettokreditaufnahme auf null noch in diesem Jahrzehnt ist erklärtes Ziel der Landesregierung von SPD und PDS. Dazu gehört auch als Zwischenschritt für 2006 eine Nettokreditaufnahme von höchstens 370 Millionen Euro.

Drittens. Bis 2020 muss die Anpassung der Haushaltsstruktur an die eines durchschnittlichen westlichen Flächenlandes gelungen sein. Dazu gehört vor allem eine Anpassung der Stellenausstattung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bis 2020,
Herr Borchert?! Meinen Sie das ernst?)

Bis 2006, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bis 2020?)

soll eine Gesamtzahl von unter 38.500 in der Landesverwaltung erreicht sein.

(Harry Glawe, CDU: Bis 2006 oder bis 2020?)

Bis 2020 eine Anpassung der Haushaltsstruktur an die durchschnittlichen westlichen Flächenländer und als Zwischenschritt dazu bis 2006 eine Reduzierung der Gesamt-

zahl der Stellen in der Landesverwaltung auf 38.500. Das noch mal im Klartext.

(Angelika Gramkow, PDS: Bis dahin können wir den Länderfinanzausgleich mitnehmen. Wollen wir darauf verzichten? – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist überhaupt keine anspruchsvolle Zielstellung. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich kann Ihnen versichern, dieser notwendige Stellenabbau wird sozialverträglich abgefedert und im Rahmen einer Personalausgabenbudgetierung in die Praxis umgesetzt.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, kann ich mir nicht verkneifen, doch noch mal Bezug zu nehmen auf Ihre heutige Vorstellung, die Sie hier geliefert haben. Ich möchte als Erstes bemerken, dass eine Partei, die selbst noch mit reichlich ungedeckten Wahlkampfchecks, die sich zerknüllt in der Hosentasche befinden, durch die Gegend läuft,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

dass die wirklich hier die Realitäten auch mal ansprechen sollte.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch die Bürger getäuscht.)

Und zu den Realitäten gehört zum Beispiel – ich kann es mir nicht verkneifen, ich kann mich noch gut daran erinnern – die Einführung flächendeckender Ganztagschulen, mehr Lehrer, Richter, Polizisten und so weiter. Wie hätten Sie das in Einklang bringen wollen mit dem „dreimal vierzig“, nämlich die Absenkung des Spitzensteuersatzes unter 40, Absenkung der Staatsquote unter 40, Absenkung der Sozialversicherungslast unter 40?

(Harry Glawe, CDU: Das ist unser Ziel. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das in Einklang zu bringen mit Ihren Versprechungen im Wahlkampf,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

meine Damen und Herren der CDU,

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist kein Problem.)

das war ja auch mehr als verlogen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Zweite Bemerkung. Es ist immer ganz gut, wenn wir hier vom Sitzungsdienst sehr schnell die Pressemitteilungen bekommen – „Schweriner SonntagsBlitz“, 17.11., ich zitiere Herrn Rehberg. Überschrift: „Hart, aber fair“. „Vor diesem Hintergrund ist eine harte, aber faire und konstruktive Oppositionsarbeit der CDU im Land dringend erforderlich.“

(Heike Polzin, SPD: Ja, das wäre sie wirklich.)

„Wir werden die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns und der Menschen aktiv vertreten,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

„auf Missstände aufmerksam machen,“

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

– und jetzt kommt's – „substanzielle Alternativen anbieten.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wo waren die denn heute, diese substanziellen Alternativen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gabriele Schulz, PDS: Wo sind sie denn?)

Fehlanzeige!

(Wolfgang Riemann, CDU: Da haben Sie wohl geschlafen, als Herr Rehberg die vorgetragen hat?! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe vielmehr den Eindruck, dass Sie zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern etwas praktizieren, was Ihr Vorkämpfer Stoiber auf Bundesebene praktiziert, nämlich Blockadefundamentalismus. Blockadefundamentalismus widerspricht allerdings Ihrem Verfassungsauftrag, der für die Opposition natürlich auch vorsieht, konstruktive Alternativen vorzuschlagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Vorher muss man die Landesregierung aber reformieren.)

wie Sie es sich selbst ja als Ziel gesetzt haben. Ich muss allerdings feststellen, für mich zumindest ist es heute wieder deutlich geworden, in puncto Verantwortungsethik haben Sie sich zurzeit hier im Land als ernst zu nehmende politische Kraft verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Borchert, für die Bemerkung „Das war verlogen“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf wegen des Gebrauchs eines unparlamentarischen Begriffes.

Wie ich jetzt festgestellt habe, wollen Sie die Anfrage des Abgeordneten Born nicht mehr beantworten.

(Rudolf Borchert, SPD: Das hatte ich vergessen. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das macht nichts.)

Gibt es weiteren Redebedarf? – Dann schließe ich jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zuerst über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/35. Wer dem vorliegenden Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/35 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS und bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/36. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten eine sehr lebhafte Debatte. Eine lebhafte Debatte sollte natürlich immer noch eine Debatte bleiben. Zwischenrufe beleben die Diskussion, sie dürfen aber niemanden in seiner Würde verletzen.

(Heike Polzin, SPD: Oh Gott!)

Für das Niveau und unser Ansehen bei Debatten sind wir alle gemeinsam verantwortlich und nicht der Präsident in Umsetzung der Geschäftsordnung. Ich bitte vielleicht für künftige Debatten und die Art und Weise der Gestaltung einer solchen etwas Nachdenklichkeit an den Tag zu legen.

Ich berufe damit die nächste Sitzung des Landtages ein für Mittwoch, den 11. Dezember 2002, 10.00 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.21 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Vincent Kokert, Bodo Krumbholz, Egbert Liskow, Regine Lück, Rainer Pracht, Torsten Renz, Dr. Harald Ringstorff, Volker Schlotmann, Dr. Margret Seemann, Gesine Skrzepski und Angelika Voland.